Deutscher Bundestag **Drucksache 18/13701**

18. Wahlperiode 23. 10.2017

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

61. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 9. bis 12. Oktober 2015 in Stavanger, Norwegen

Inhaltsverzeichnis

Seite

1 Mitglieder der deutschen Delegation 2

2 Ablauf der Tagung 2

3 Politischer Ausschuss (PC) 2

4 Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC) 5

5 Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS) 10

6 Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC) 12

7 Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC) 15

8 Plenarsitzung 18

Abkürzungsverzeichnis 22

Anlage: Entschließungen 420 bis 427 23

1. Mitglieder der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abgeordneter Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,
Abgeordnete Ulla Schmitt (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,
Abgeordnete Sevim Dağdelen (DIE LINKE.)
Abgeordnete Karin Evers-Meyer (SPD),
Abgeordnete Dagmar Freitag (SPD),
Abgeordneter Jürgen Hardt (CDU/CSU),
Abgeordneter Wolfgang Hellmich (SPD),
Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU),
Abgeordneter Charles M. Huber (CDU/CSU),
Abgeordnete Julia Obermeier (CDU/CSU),
Abgeordnete Anita Schäfer (CDU/CSU),
Abgeordneter Jürgen Trittin (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN),

Bundesrat:

Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg-Vorpommern, Leiter der Delegation,
Staatsminister Rainer Robra (CDU), Sachsen-Anhalt.

2. Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Fachausschüsse fanden am Samstag, 10. Oktober 2015 und am Sonntag, 11. Oktober 2015, statt. Das Plenum tagte am Montag, 12. Oktober 2015.

3. Politischer Ausschuss (PC)

Der Ausschuss tagte am Samstag, 10. Oktober 2015, und am Sonntag, 11. Oktober 2015, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **José Manuel Lello Ribeiro de Almeida** (Portugal). Schwerpunkte der Beratungen waren die Situation im Mittleren Osten und Nordafrika, die Außenpolitik der Russischen Föderation und deren Einfluss auf die Sicherheit in der Allianz sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit in der NATO.

I. Vortrag von Tore Hattrem, Staatssekretär beim norwegischen Außenministerium, zum Thema „Norwegens Außen- und Sicherheitspolitik“

Tore Hattrem nannte als Prioritäten norwegischer Außen- und Sicherheitspolitik die Bekämpfung von Armut und Klimawandel sowie die Einhaltung des Völkerrechts. Er prognostizierte, dass in der Zukunft im Gebiet der Arktis es vermehrt zu Spannungen kommen werde. Der Arktische Rat sehe sich mit der Herausforderung eines steigenden Interesses der Russischen Föderation an dem wirtschaftlich bedeutsamen Gebiet mit reichhaltigen Erdöl- und Erdgasvorkommen konfrontiert. Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim habe Norwegen die gesamte militärische Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation ausgesetzt, sich aber so gut wie möglich um den Erhalt politischer Beziehungen bemüht. Er betonte die Bedeutung einer verstärkten Zusammenarbeit der Bündnispartner und die Gewinnung neuer Bündnis- und Partnerländer für die Wahrung der Sicherheit in der Welt. Die NATO müsse sich stärker um eine Annäherung von Ost und West bemühen. Aus norwegischer Perspektive sei eine weitere Entwicklung der Partnerschaft mit einer starken Europäischen Union (EU) ein zentrales Anliegen.

Auf Nachfrage der Abgeordneten **Beatriz Rodriguez-Salmones (**Spanien) antwortete **Tore Hattrem**, er sehe bislang keinen Anlass für ein Engagement der NATO in der Arktis. Die Russische Föderation agiere hinsichtlich der Arktis völkerrechtskonform. Das Hissen der russischen Staatsflagge auf dem Festlandsockel der Arktis sei für die Erhebung völkerrechtlicher Ansprüche auf das Gebiet irrelevant und verletze nicht das geltende Seerecht. Norwegen arbeite mit der Russischen Föderation auf den Gebieten der Fischerei und in maritimen Fragen gut

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

zusammen. Auf Nachfrage des Abgeordneten **Nigel Dodds** (Vereinigtes Königreich) betonte **Tore Hattrem** die Bedeutung der engen Zusammenarbeit mit den nordischen Ländern, insbesondere den Nachbarländern im Hohen Norden, Finnland und Schweden. Abgeordnete **Rasa Juknevičienė** (Litauen) drückte ihre Wertschätzung für die Zusammenarbeit Norwegens mit Litauen im Energiesektor aus, insbesondere hinsichtlich des Flüssigtankers *Independence*, einer in der Ostsee schwimmenden Anlage zur Rückvergasung von Flüssiggas. Sie regte eine noch engere Zusammenarbeit der Länder zur Erreichung einer noch größeren Energiesicherheit an.

II. Vortrag von Generalleutnant Kjell Grandhagen, Leiter des Norwegischen Nachrichtendienstes, zum Thema „Russland, die Arktis und das sich ändernde Sicherheitsumfeld“

Generalleutnant **Kjell Grandhagen** stellte fest, das militärische und nicht-militärische Vorgehen der Russischen Föderation habe das weltweite Sicherheitsklima erheblich verändert. Die euroatlantische Staatengemeinschaft müsse Lehren aus dem Konflikt in der Ukraine ziehen. Das russische Militär habe erhebliche Struktur- und Organisationveränderungen durchlaufen. Der Aufwuchs des Militärhaushaltes und besonders die verbesserte Reaktionsfähigkeit der russischen Militärkräfte böten neben dem fortdauernden Anstieg der russischen Luftaktivitäten Anlass zur Sorge. Die „hybride Kriegsführung“ sei nicht neu, die Intensität und Finesse, mit der die russische Führung gezielt mediale Desinformation und Propaganda einsetzten, sei jetzt so noch nicht eingesetzt worden. Die Einschätzung, dass die Russische Föderation bereit sei, Nuklearwaffen als erstes Mittel der Wahl zur Abschreckung einzusetzen, halte er für realistisch. Die Russische Föderation verfolge drei Ziele: Die hegemoniale Vormachtstellung über die Länder der ehemaligen sowjetischen Republiken, eine „Pufferzone“ gegen den Westen und die Profilierung als wiederauferstandene Weltmacht. Die russische Unterstützung des Assad-Regimes in Syrien sei in diesem Zusammenhang zu sehen. Die Russische Föderation versuche einer weiteren Einflusssphäre der NATO, die seit jeher als Sicherheitsrisiko empfunden werde, zu begegnen. Die innenpolitische Instabilität sei die Ursache für die außenpolitische Ausrichtung des Landes. Die politische Führung stehe wegen des starken Verfalls des Ölpreises, der damit einhergehende Rückgang des russischen Wirtschaftswachstums und wegen der wachsenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung unter starkem Druck. Die russische Führung versuche diesem Druck mit außenpolitischen Machtdemonstrationen, eines Rückgriffs auf den Nationalstolz und einem verschärften Vorgehen gegen kritische Stimmen zu begegnen. Das russische Vorgehen sei aufgrund des Zusammenspiels von außenpolitischen Weltmachtambitionen und innenpolitischer Instabilität nicht vorhersehbar. Der Vorschlag der norwegischen Regierung, die Haushaltsmittel für den eigenen Nachrichtendienst um 20 Prozent zu erhöhen, sei daher zielführend.

An die Ausführungen von **Lord Campbell of Pittenweem** (Vereinigtes Königreich) und des Abgeordneten **Ojārs Ēriks Kalniņš** (Lettland) anknüpfend, diskutierten die Delegierten die Frage, ob die Entwicklung der Russischen Föderation zu einer militärischen Großmacht unausweichlich sei oder die innenpolitische Instabilität, insbesondere die wirtschaftliche Regression, dem entgegenstehe. Generalleutnant **Kjell Grandhagen** vertrat die Einschätzung, dass das Engagement der Russischen Föderation in der Ukraine und in Syrien von langer Dauer und äußerst kostenintensiv sein werde. Eine zuverlässige Prognose über die Auswirkungen sei derzeit nicht möglich. Abgeordnete **Beatriz Rodriguez-Salmones (**Spanien) sprach sich für einen gezielten Einsatz von nachrichtendienstlichen Kapazitäten aus.

III. Beratung des Generalberichtsentwurfes zum Thema „Die Russische Föderation und die Sicherheit im Euroatlantischen Raum“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abgeordneter Ojārs Ēriks Kalniņš (Lettland)

Generalberichterstatter Abgeordneter **Ojārs Ēriks Kalniņš** (Lettland) rief zu einem geeinten und entschlossenen Vorgehen gegen die russischen Bestrebungen auf. Die Russische Föderation sehe in der NATO und deren Partner eine Konkurrenz und ein Sicherheitsrisiko für ihre Interessen im „nahen Ausland“. Insbesondere die NATO-Politik der „offenen Tür“ empfinde Russland als bedrohliche Ausweitung des „westlichen Blocks“. Die russische Reaktion, das Militär in großem Umfang zu modernisieren, sowie die aggressive Außen- und Expansionspolitik seien äußerst besorgniserregend. Er plädierte für eine Fortsetzung der durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim verhängten Sanktionen.

In der Diskussion erklärte Abgeordnete **Rasa Juknevičienė** (Litauen), der Waffenstillstand in der Ostukraine sei sehr fragil sei und biete keine hinreichende Grundlage für weitere Verhandlungsmaßnahmen. Sie sprach sich ferner gegen die Verwendung der Termini „Volksrepublik Donezk“ und „Volksrepublik Lugansk“ im Bericht aus, da es sich nicht um völkerrechtlich anerkannte Staaten handele. Sie schlug die Bezeichnung „sogenannte Volksrepublik Donezk“ und „sogenannte Volksrepublik Lugansk“ vor. Der Berichtsentwurf wurde mit Änderungen angenommen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

IV. Vortrag von Dr. Pavel Kimovich Baev, Professor und Forschungsdirektor am Peace Research Institute Oslo (PRIO), zum Thema „Russlands Außen- und Sicherheitspolitik: Zwischen Ambition und Realität“

Professor **Dr. Pavel Kimovich Baev** erklärte, eine Analyse der russischen Kriegsmethodik ergebe, dass die russische Föderation mit dem Einsatz vieler militärischer Mittel und dem kalkulierten Gebrauch medialer Desinformation und Propaganda eine neue Dimension der „hybriden Kriegsführung“ geschaffen habe. Die innenpolitischen Spannungen seien Antriebsfeder für das außenpolitische und militärische Handeln der russischen Föderation.

Auf die Frage der Abgeordneten **Rasa Juknevičienė** (Litauen) nach den Erwartungen des russischen Staatspräsidenten an die Zukunft und nach seiner Einschätzung der Stärke der NATO, bekräftigte Professor **Dr. Pavel Kimovich Baev,** die außenpolitischen und militärischen Aktivitäten der Russischen Föderation seien im Zusammenhang mit der innenpolitischen Instabilität zu sehen. Präsident Putin betrachte die westlichen Länder, insbesondere jene der EU, aufgrund der wirtschaftlichen Regression der letzten Jahre als geschwächt und nutze diesen Umstand zur Demonstration von außenpolitischer Stärke. Auf diese Weise solle von eigenen innerstaatlichen Missständen abgelenkt werden. Professor Dr. Pavel Kinovich Baev legte Gründe dar und erklärte, der militärische Einsatz Russlands in Syrien werde nicht zu einer Entspannung führen.

V. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ zum Thema „Die Partner der NATO in aller Welt“, vorgelegt von Berichterstatterin Abgeordnete Rasa Juknevičienė (Litauen)

Die Berichterstatterin Abgeordnete **Rasa Juknevičienė** (Litauen) führte aus, der Ausbau und die Vertiefung von internationalen Partnerschaften und Kooperationen hätten angesichts der angespannten Sicherheitslage an Bedeutung gewonnen. Die im Rahmen der Einsätze in Afghanistan und Irak erreichte, verstärkte Kooperation und Interoperabilität verdienten Anerkennung. Sie begrüßte die auf dem NATO-Gipfel von Wales 2014 beschlossenen Maßnahmen und hob besonders die Einrichtung einer Interoperabilitätsplattform für NATO-Partner lobend hervor. Sie forderte, die Hilfe für die Konfliktländer dürfe nicht beendet und zusätzliche, nicht-militärische Ausbildungs- und Unterstützungsmissionen, auch in der Türkei und Jordanien, müssten durchgeführt werden. Sie sprach sich für eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Ländern Australien, Japan und Neuseeland aus, die sich als zuverlässige Partner erwiesen hätten.

Senator **Jacques Gautier** (Frankreich) bewertete die Zusammenarbeit im Rahmen von Partnerschaften als positiv, auch wenn sie vorwiegend auf bilateraler Ebene stattfände. Auf seine Frage, inwieweit zukünftig weitere Partnerländer in die NATO-Einsätze eingebunden werden sollten, antwortete Abgeordnete **Rasa Juknevičienė**, die NATO würde ein weitergehendes Engagement begrüßen. Der Ausschuss nahm den Berichtsentwurf einstimmig an.

VI. Vortrag von Sverre Lodgaard, Leitender Forscher am Norwegischen Institut für Internationale Angelegenheiten in Oslo, zum Thema „Die jüngsten Entwicklungen im Mittleren Osten und Nordafrika (MENA) und deren Auswirkungen auf die europäische Sicherheit“

Sverre Lodgaard ging auf die Bedeutung der Religion in den Staaten des Nahen und Mittleren Osten (*Middle East and Northern Africa*, MENA) und die Auswirkungen von militärischen Interessenskonflikten zwischen nationalen Autoritäten und ausländischen Kräften ein. Er lobte die Zurückhaltung des Staates Israel in der Region. Er erklärte, die Russische Föderation sei nicht an einer Zusammenarbeit mit der internationalen Koalition gegen die Terrormiliz „Islamischen Staat“ (IS) interessiert. Ihr vorrangiges Interesse sei, eine führende Rolle in der Weltpolitik einzunehmen. Er bewertete die Entwicklungen in Syrien und im Irak als sehr kritisch. Die Tunesische Republik sei das einzige Land, das Chancen auf eine positive Entwicklung habe. Wegen der Krise in Libyen und der schwachen Wirtschaft sei die Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft unerlässlich.

In der Diskussion wurden Szenarien für die Entwicklungen in Syrien und dem Irak sowie die Gefahren für Flüchtlinge beraten, die in ihre Heimatländer zurückkehrten.

VII. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ zum Thema „Instabilität in der Levante – Herausforderungen für die Sicherheit der NATO“, vorgelegt von Berichterstatter Abgeordneter Boris Blažeković (Kroatien)

Berichterstatter Abgeordneter **Boris Blažeković** (Kroatien) erkläre, der Berichtsentwurf sei verändert worden. Die Anpassungen beruhten auf der veränderten militärischen und politischen Situation in Syrien, Libyen und dem

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Irak. Die Sicherheitslage in der MENA-Region habe sich durch den Bürgerkrieg und die Ausbreitung des sogenannten „IS“ weiter verschärft. Die Luftangriffe der internationalen Koalition gegen die Terrormiliz und die Ausbildung syrischer Kämpfer durch die Vereinigten Staaten seien erfolglos verlaufen. Die humanitäre Krise mit einer stetig zunehmenden Anzahl an Flüchtlingen, Verletzten und Toten bedrohe die Stabilität der Nachbarstaaten. Der unveränderte Zustrom ausländischer Kämpfer nach Syrien stelle ein internationales Sicherheitsproblem dar.

Die Abgeordneten verständigten sich darauf, im Bericht das Problem der ausländischen Kämpfer in den Reihen des sogenannten „IS“ detaillierter zu analysieren.

VIII. Beratung der Entschließungsentwürfe zu den Themen „Eine sofortige, umfassende und geschlossene Reaktion auf die Krisen im Nahen Osten und in Nordafrika (MENA)“ und „Die Erhöhung von Sicherheit und Stabilität mithilfe der Politik der ‚Offenen Tür‘ und der Partnerschaftspolitik der NATO“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abgeordneter Ojārs Ēriks Kalniņš (Lettland)

Nach Diskussion und Beratung von vier Änderungsanträgen nahmen die Ausschussmitglieder die Entschließungen in geänderter Form an.

IX. Aktivitäten im Jahr 2015 und geplante Aktivitäten im Jahr 2016

Der Vorsitzende des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften", Abgeordneter **Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers** (Deutschland), berichtete über die Ergebnisse der Besuche des Unterausschusses in Japan, Finnland und Schweden. Themen der Beratungen seien Japans Interesse an einer verstärkten Zusammenarbeit mit der NATO, die regionale Sicherheitslage der nordischen Länder und die zunehmende Rolle der Russischen Föderation in der Arktis gewesen. Er informierte über die für 2016 in Aussicht genommenen Reisen nach China und an den Persischen Golf, alternativ nach Kuwait oder Katar.

4. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss tagte am Samstag, 10. Oktober 2015, und am Sonntag, 11. Oktober 2015, unter dem Vorsitz der Abgeordnete **Nicole Ameline** (Frankreich). Schwerpunkte der Beratungen waren Norwegens Rolle bei der Bündnisverteidigung, der *Readiness Action Plan* (RAP), die Umsetzung der Waliser Gipfelbeschlüsse, hybride Kriegsführung, Hoher Norden, Afghanistan, langfristige Perspektiven der Beziehungen zwischen NATO und Russland, der Weg zum Warschauer NATO-Gipfel, Migration und die Gefahr durch die Terrormiliz „IS“.

I. Gespräch mit der norwegischen Verteidigungsministerin Ine Eriksen Søreide und dem norwegischen Generalinspekteur Admiral Haakon Bruun-Hanssen

Verteidigungsministerin **Ine Eriksen Søreide** ging auf die veränderte europäische Sicherheitslandschaft und die Flüchtlingskrise ein. Sie legte dar, dass erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges so viele Menschen Zuflucht in Europa gesucht hätten. Viele Menschen in den Aufnahmeländern seien durch die große Zahl von Flüchtlingen beunruhigt. Die Europäer seien sich in der Frage des Umfangs und der Ursache für die neuen Sicherheitsherausforderungen nicht einig. Sie sprach sich für bessere Konsultationen und eine engere Kooperation aus. Norwegen sei besonders an stabilen und berechenbaren Beziehungen zu Russland interessiert und beobachte die russischen Aktivitäten im Hohen Norden sehr aufmerksam. Um Fähigkeiten gemeinsam zu entwickeln und nutzen zu können sei Norwegen mit den skandinavischen Ländern einen militärisch-logistischen Verbund –*Nordic Defence Cooperation* (NORDEFCO) – eingegangen. Sie sprach sich für eine größere Transparenz und stärkere Lastenteilung der Alliierten untereinander aus. Auch wenn die USA weiterhin eine führende Rolle in der NATO spielten, hätten die europäischen Verbündeten zukünftig einen größeren Teil der Verpflichtungen zu übernehmen und müssten mehr in ihre Verteidigung investieren. Norwegen habe seinen Verteidigungshaushalt mit einer knapp zehnprozentigen Steigerung für das Jahr 2016 verabschiedet. Die NATO sei eine politische Allianz und ein enges Verhältnis zwischen NATO und EU sei hilfreich.

In der Diskussion erkundigte sich Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich), wie EU und NATO trotz unterschiedlichen Strukturen gemeinsam handeln könnten. Verteidigungsministerin **Ine Eriksen Søreide** räumte ein, Europa sei in vielen Fragen noch gespalten und die Unterschiede könnten zu einem Erstarken nationalistischer Gruppen beitragen. Abgeordneter **Wolfgang Hellmich** (Deutschland) schloss sich der Auffassung an und unterstrich, ein geschlossenes Handeln sei neben der Entwicklung gemeinsamer Fähigkeiten von großer Bedeutung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Der norwegische Generalinspekteur Admiral **Haakon Bruun-Hanssen** erklärte, bei NORDEFCO handele es sich um einen Zusammenschluss von drei NATO-Ländern mit zwei weiteren Partnern mit dem Ziel der militärischen und politischen Kooperation. Es bestehe keine Pflicht, sich jeder gemeinsamen Maßnahme anzuschließen. Ziel seien operationelle Effizienz und Kosteneinsparungen. Der Zusammenschluss beispielsweise der militärischen Transportkapazitäten – einschließlich der Transportflugzeuge – führe dazu, dass nicht jedes einzelne NORDEFCO-Mitgliedsland Land eigenes Gerät vorhalten müsse. Durch die geplante gemeinsame Nutzung von zukünftigen Stützpunkten hätten die Länder ihre Militärbasen reduzieren können. Bei der Weitergabe von Informationen seien noch zahlreiche Probleme wegen der Nicht-Mitgliedschaft in der NATO von Schweden und Finnland zu lösen.

Zu den Fragen der Abgeordneten **Marjolein Faber** (Niederlande) und **Ilka Kanerva** (Finnland) nach der Ausgestaltung der Kooperation, gemeinsamen Übungen und der Möglichkeit robuster Einsätze bei Bedrohungen aus Russland erklärte Admiral **Haakon Bruun-Hanssen,** die Stationierung von gemeinsamen Einheiten in Norwegen sende ein eindeutiges Signal an Russland aus. Auf die Frage des Abgeordneten **Vicente Ferrer** (Spanien) nach beunruhigende Aktivitäten Russlands in der Arktis erklärte der Admiral, gesteigerte Aktivitäten in der arktischen Region seien zu konstatieren, Norwegen werte sie aber nicht als Provokation. Norwegens Militär vertrete einen festen Standpunkt und praktiziere eine über viele Jahre bestehende, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der russischen Militärführung.

II. Berichtsentwurf des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten" zum Thema „Readiness Action Plan der NATO: Rückversicherung und Abschreckung für das Sicherheitsumfeld nach 2014“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Xavier Pintat (Frankreich)

Berichterstatter Abgeordneter **Xavier Pintat** (Frankreich) führte aus, die NATO habe als Reaktion auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts den RAP entwickelt, der ein bedeutsames Instrument der NATO sei. Das Bündnis müsse weiterhin seine Anstrengungen auf diplomatischem, wirtschaftlichem, finanziellem und digitalem Gebiet deutlich steigern. Zahlreiche Maßnahmen hätten zu einer deutlichen Verbesserung des RAP geführt, wie beispielsweise die stärkere Präsenz in den östlichen Bündnisgebieten, intensivere Aufklärung und mehr Manöver. Die Bürgerinnen und Bürger in den Bündnisländern müssten über den Sinn des RAP informiert und von dessen Notwendigkeit überzeugt werden.

In der Diskussion unterstütze Abgeordneter **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) die vom Abgeordneten **Gilbert le Bris** (Frankreich) geäußerte Auffassung, dass die Kosten für den RAP aufgrund der positiven Auswirkungen gerechter verteilt werden müssten. Bei der Sicherung des Friedens komme der NATO eine zentrale Rolle in Europa zu. Russland gefährde unter anderem mit seiner Intervention in der Ukraine die Stabilität in Europa. Abgeordneter **Xavier Pintat** bestätigte, die RAP-Finanzierung sei problematisch, und betonte, die Bevölkerungen müssten von der Bedeutung des RAP für ihre Sicherheit überzeugt werden.

III. Bericht des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit" zum Thema „Umsetzung der Ziele von Wales: den transatlantischen Bund stärken“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Attila Mesterhazy (Ungarn)

Berichterstatter Abgeordneter **Attila Mesterhazy** (Ungarn) betonte, seit der Gründung der NATO sei die transatlantische Verbindung die tragende Säule des Bündnisses und Grundlage für dessen Stärke. Auf die neuen Herausforderungen für die euroatlantische Sicherheit habe die Allianz beim Gipfel von Wales reagiert und die Veränderung der Streitkräftestruktur sowie eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben beschlossen. Damit sei die Phase sinkender Verteidigungsausgaben und immer größerer Diskrepanzen innerhalb der europäischen Verbündeten beendet. Die verstärkte regionale Zusammenarbeit trete verstärkend hinzu, NORDEFCO sei dafür ein gutes Beispiel.

Auf die Frage der Abgeordneten **Angelien Eijsink** (Niederlande) nach der in Ungarn vorgenommenen Bewertung des neuen Ansatzes, führte Abgeordneter **Attila Mesterhazy** (Ungarn) aus, Ungarn verstehe die EU als Wirtschafts- und die NATO als Verteidigungsgemeinschaft, die auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Ziele operieren. Als kleines Land trage Ungarn im Rahmen seiner Möglichkeiten bei und strebe an, Nischenleistungen vorzuhalten. Abgeordneter **Sverre Myrli** (Norwegen) legte dar, nach Beendigung des Kalten Krieges liege erneut eine Zeitenwende vor. Die Verbündeten hätten die Notwendigkeit erkannt, verstärkt in ihre Verteidigung zu investieren. Angesichts des technologischen Fortschritts, der mit einer drastischen Kostensteigerung bei den Militärgeräten einhergehe, solle verstärkt über eine gemeinsame Beschaffung und Nutzung nachgedacht werden. Abgeordneter **Attila Mesterhazy** (Ungarn) erklärte, in Ungarn stünden innenpolitische Probleme im Vordergrund.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Sein Land müsse die Bedeutung von Investitionen auf dem Militärsektor noch erkennen. Mit einer Konzentration auf die *smart defence* könne auch die Bürgerinnen und Bürger überzeugt werden. Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) bedauerte die fehlende Bereitschaft in Europa, mehr für die Verteidigung auszugeben und forderte einen verstärkten Einsatz, um die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit erhöhter Ausgaben zu überzeugen. Der Berichtsentwurf wurde ohne Änderungen verabschiedet.

IV. Beratung des Generalberichtsentwurfes zum Thema „Hybride Kriegsführung: NATO`s neue strategische Herausforderung", vorgelegt von Generalberichterstatter Abgeordneter Julio Miranda Calha (Portugal)

Generalberichterstatter Abgeordneter **Julio Miranda Calha** (Portugal) führte aus, es sei eine Rückentwicklung zu einer militärischen Konkurrenz zwischen der Allianz und der Russischen Föderation zu verzeichnen. Die Art der Kriegsführung sei neu, besonders die „hybride Kriegsführung" drohe in bestimmten Regionen, vor allem im Baltikum, nachhaltigen Schaden anzurichten.

In der Diskussion erkläre Abgeordnete **Nicole Ameline** (Frankreich), um den im Bericht beschriebenen Gefahren besser begegnen zu können, sei eine Rückbesinnung auf die EU-Nachbarschaftspolitik notwendig. Regionen seien umso krisenanfälliger, je mehr sie von Armut und schlechter Regierungsführung betroffen seien. Der Bericht wurde ohne Änderungen angenommen.

V. Vortrag von Dr. Kristine Offerdal, außerordentliche Professorin am Norwegian Defence University College, zum Thema „Der Hohe Norden"

Dr. Kristine Offerdal unterstrich die strategische und wirtschaftliche Bedeutung der Arktis für die Russische Föderation. Eine neue Ära sei angebrochen, in der die Sicherheit in der Arktis aufgrund des angespannten Verhältnisses zwischen der Russischen Föderation und der Allianz eine erheblich größere Bedeutung erfahre. Sie erklärte, sie gehe davon aus, dass die Russische Föderation ihre militärische Präsenz in der Arktis weiter massiv ausbauen und dabei nachhaltig in das Ökosystem der Arktis eingreifen werde.

Die Delegierten diskutierten die Rolle Chinas im Norden besonders hinsichtlich der ökologischen Auswirkungen infolge eines rücksichtslosen Wirtschaftens. **Dr. Kristine Offerdal** legte dar, China habe im Gegensatz zur Russischen Föderation keine Strategie für die Region.

VI. Beratung des Sonderberichtsentwurfes „Afghanistan nach dem Abzug der ISAF", vorgelegt von Sonderberichterstatter Abgeordneter Julio Miranda Calha (Portugal)

Sonderberichterstatter Abgeordneter **Julio Miranda Calha** (Portugal) beschrieb die Sicherheitslage in Afghanistan als weiterhin instabil. Er lobte die mit Unterstützung der Bündnispartner errungenen Fortschritte des Landes bei Sicherung und Aufbau eines funktionsfähigen Staates. Dem Land stünden jedoch angesichts erneut aufflammender Konflikte im Nordosten und Nordwesten große Herausforderungen bevor. Die innere Sicherheit sei durch das Fehlen gefestigter Regierungsstrukturen und einer funktionierenden Justiz ebenso gefährdeten wie durch die Bedrohung durch die Taliban und die fortschreitende Ausbreitung der Terrormiliz „IS". Ein Land, das sich im Kriegszustand befinde und zum jetzigen Zeitpunkt weder über einen Verteidigungsminister noch eine vollständige Besetzung des Obersten Gerichtshofes und der Staatsanwaltschaft verfüge, könne ohne Hilfe keine innere Sicherheit garantieren. Vor diesem Hintergrund forderte der Berichterstatter, die ISAF-Folgemission *Resolute Support Mission* (RSM) über das Jahr 2016 hinaus fortzuführen.

In der Diskussion sprach sich Abgeordneter **Gilbert Le Bris** (Frankreich) gegen die Option einer Beendigung des NATO-Engagements in Afghanistan aus, welche die Glaubwürdigkeit und die bisherigen Erfolge des ISAF-Einsatzes gefährden würde. Im Hinblick auf die Fortsetzung des Engagements verwies der Abgeordnete **Wolfgang Hellmich** (Deutschland) auf die Pläne der deutschen Regierung für eine Verlängerung der Stationierung deutscher Einheiten in Afghanistan. Er betonte den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der akuten Sicherheitslage im Land und der stetig steigenden Zahl von afghanischen Flüchtlingen. Abgeordneter **Robert Hochbaum** (Deutschland) lobte die erzielten Erfolge und schloss sich der Forderung des Abgeordneten Wolfgang Hellmich nach Kontinuität des Engagements an. Abgeordneter **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) plädierte für einen umfassenderen Ansatz, der weitere finanzielle Hilfeleistung und eine Stärkung der Unabhängigkeit der Regierung zum Ziel haben müsse. Der Sprecher der Gastdelegation Afghanistans dankte der Staatengemeinschaft für das langjährige Engagement und die mit ihrer Hilfe erzielten Fortschritte. Er legte dar, dass eine Beendigung der Unterstützungsmaßnahmen die bisher erreichten Fortschritte zunichtemachen würde. Mit dem Erstarken der Terrormiliz „IS" und den anhaltenden Konflikten mit den Taliban sehe sich das Land einem Kampf an zwei Fronten ausgesetzt.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Hinzu trete die Gefahr eines Einbruches der afghanischen Wirtschaft bei Abzug der internationalen Präsenzen. Er richtete die eindringliche Bitte an die Staatengemeinschaft, die Hilfestellung nicht einzustellen. Der Ausschuss war sich darin einig, dass die Region einer Fortführung und Intensivierung des bisherigen Engagements im Sinne eines umfassenden Ansatzes bedürfe.

VII. Vortrag von Keir Giles, Associate Fellow des Russland und Eurasien Programmes, International Security Department, Chatham House, zum Thema „NATO und Russland: Die langfristige Perspektive“

Keir Giles legte die Schwerpunkte seines Vortrages auf die Modernisierung des russischen Militärs und den Einsatz einer neuen Kriegsmethodik. Die NATO habe keine substantiellen Verteidigungskapazitäten in den östlichen Grenzgebieten. Der bisherige Umgang mit der Russischen Föderation verdeutliche, dass Sanktionen des Westens ohne entsprechende militärische Ressourcen keine Wirkung entfalten könnten. Eine nachhaltige Erhöhung der Verteidigungshaushalte der Bündnisländer sei notwendig und könne dazu beitragen, die Wirkung der verhängten Sanktionen und die Abschreckung zu verbessern.

In der Diskussion legte Abgeordneter **Charles M. Huber** (Deutschland) dar, Deutschland verfolge aufgrund seiner geschichtlichen Vergangenheit eine gemäßigtere, aber nachhaltige Strategie, die auf eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der EU setze. Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) erklärte, ein Aufwuchs der Verteidigungsausgaben werde nicht von der Bevölkerung begrüßt. Abgeordnete **Marko Mihkelson** (Estland) setzte sich für eine verstärkte Truppenpräsenz im Baltikum und eine verbesserte Zusammenarbeit bei der Nachrichtengewinnung ein. Er rief die Mitglieder dazu auf, den Bedrohungen durch die Russische Föderation mehr Aufmerksamkeit zu widmen. **Keir Giles** erklärte, das Unverständnis und die Spannungen basierten im Wesentlichen auf den gegenteiligen Weltanschauungen des Westens und der Russischen Föderation. Er empfehle den Mitgliedstaaten eine offene und klare Kommunikation, sowohl mit der russischen Führung als auch mit der eigenen Bevölkerung.

VIII. Beratung des Entschließungsentwurfes zum Thema „Die laufende Unterstützung der Initiativen des Gipfels von Wales“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abgeordneter Julio Miranda Calha (Portugal)

Der Entschließungsentwurf wurde nach eingehender Debatte und unter Berücksichtigung von Änderungsvorschlägen, auch der deutschen Delegation, insbesondere zur Darstellung der Verteidigungsausgaben und der Forderung nach deren Steigerung, angenommen.

IX. Vortrag von General Petr Pavel, Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, zum Thema „Die Straße nach Warschau und darüber hinaus“

General **Petr Pavel** forderte die NATO-Mitglieder zu einem geschlossenen Auftreten gegenüber der Russischen Föderation auf. Eine starke Allianz mit interoperablen Streitkräften und effektiveren Entscheidungsmechanismen könnte die russische Aggression abwehren. Die aktuellen Konflikte in der Ukraine, in Syrien und Afghanistan müssten zusammen und nicht isoliert betrachtet werden. Sie bildeten einen „Konfliktbogen“, der weitgehende Unsicherheit mit sich bringe. Im Hinblick auf den NATO-Gipfel in Warschau im Sommer 2016 müsse Ziel und Ausrichtung der NATO sein, eine neue Strategien zur Anpassung an das veränderte Sicherheitsumfeld und zur Schaffung von Stabilität in Zeiten großer Unsicherheiten zu erarbeiten.

Auf Fragen von Senator **Franklin Ernest van Kappen** (Niederlande) und des Abgeordneten **Ants Laaneots** (Estland) nach den militärischen Fähigkeiten und im Hinblick auf schnelle politische Entscheidungsmechanismen des Bündnisses räumte General **Petr Pavel** ein, dass die Entscheidungsfindungsprozesse im Vergleich zu Zeiten des Kalten Krieges deutlich langsamer abliefen. Auf die Frage des Unterschiedes zwischen den Begrifflichkeiten „hybride Kriegsführung“ und „Cyber-Krieg“ erklärte er, dass eine terminologische Abgrenzung kaum möglich sei.

X. Vortrag von Peter Roberts, Senior Research Fellow, Seapower and Maritime Studies, Royal United Services Institute (RUSI), zum Thema „Migration auf dem Seeweg – weltweite Erfahrungen und Erkenntnisse“

In seinem Vortrag ging **Peter Roberts** auf die Hintergründe und Auswirkungen der zunehmenden Flüchtlingsbewegungen, mit denen sich die europäischen Staaten konfrontiert sähen, sowie mögliche Lösungsansätze ein. Er

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

erklärte, die Flüchtlingsbewegungen seien nur ein Symptom, nicht aber Ursache der Probleme, die in den Missständen in den Herkunftsländern zu suchen seien. Er erklärte, den Mittelmeeranrainerstaaten fehle ein einheitliches Konzept zur Bewältigung der Flüchtlingsbewegungen. Die Menschen müssten vor Antritt ihrer Reise über die zu erwartenden Gefahren und Realitäten aufgeklärt werden. Das Aufgreifen der Flüchtlinge erst nach Überquerung der europäischen Grenzen sei der falsche Weg und die hierfür erforderlichen Mittel seien nicht vorhanden. Die Bewältigung der Flüchtlingskrise könne mit erhöhter Unterstützung für die Ursprungsländer, Aufklärung und Entkriminalisierung gelingen.

Die Abgeordneten **Gilbert Le Bris** (Frankreich) und **Ted Deutch** (Vereinigte Staaten) stimmten hinsichtlich der Erforderlichkeit einer verstärkten Hilfe für die Herkunftsländer zu und sprachen sich für eine Unterscheidung von Wirtschaftsflüchtlingen und Flüchtlingen aus Krisen- und Kriegsgebieten aus. Auf den Einwand des Abgeordneten **Andrea Manciullli** (Italien), der Prozess hin zu politischen Lösungen gehe zu langsam, legte **Peter Roberts** dar, schnellerer Handlungsoptionen seien politisch nicht umsetzbar.

XI. Beratung des Berichtsentwurfs der Sondergruppe Mittelmeer und Naher Osten zum Thema „Daesh: Herausforderung für die regionale und internationale Sicherheit“, vorgelegt von Berichterstatter Abgeordneter Andrea Manciulli (Italien)

Berichterstatter Abgeordneter **Andrea Manciulli** (Italien) stellte die Organisationsstrukturen, Ziele und Entwicklungen der terroristischen Vereinigung „Daesh“ dar. Die Terrormiliz agiere im Vergleich zu anderen extremistischen Organisationen wesentlich aggressiver und grausamer und verstehe sich auf Grund des selbst ausgerufenen Kalifats als Staat. Die Terrormiliz verfüge über unterschiedliche Finanzierungsquellen, die vom Handel mit Kunstgegenständen und Geiselnahmen über Öl- sowie Drogengeschäfte bis hin zu Steuereinnahmen reichten. Sie rekrutierten Anhänger über die Methode der „hybriden Kriegsführung“ mit Hilfe des Internets zur Verbreitung einer radikalen islamistischen Gesinnung. Der Berichterstatter erklärte, eine weitere Ausbreitung des „Daesh“ könne nicht allein mit militärischen Mitteln verhindert werden. Ein wirksames, ziviles Instrument sei eine Endradikalisierung der Rekrutierungszielgruppen, insbesondere von jungen Muslimen.

Auf Nachfrage des Abgeordneten **Julio Miranda Calha** (Portugal) zur unterschiedlichen Terminologie von „Daesh“, „ISIS“ und sogenannter „Islamischer Staat“ betonte der Berichterstatter, nur die Bezeichnung „Daesh“ sei für die terroristische Vereinigung adäquat. Von einem „Islamischen Staat“, dem Akronym „IS“ oder „ISIS“ (Islamischer Staat in Syrien) zu sprechen, sei unangebracht, da es sich nicht um einen völkerrechtlich anerkannten Staat handele. Diese terminologische Differenzierung begrüßte auch der Vizepräsident des irakischen Parlaments **Aram Sheikh Mohammed**. Er richtete zudem seine mit Nachdruck vorgetragene Bitte an die Staatengemeinschaft, den Kampf gegen „Daesh“ nicht nur mit militärischen, sondern auch mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln zu unterstützen, und machte auf das Problem des Zustroms von ausländischen Kämpfern aufmerksam. Er erklärte, das Eingreifen der Russischen Föderation in Syrien könne eine Lösung für den Konflikt schwieriger gestalten.

XII. Besuche im Jahr 2015 und geplante Aktivitäten im Jahr 2016

Der Vorsitzende des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“, Abgeordneter **Raymond Knops** (Niederlande), berichtete über die Besuche in Washington D.C. und Florida im Frühjahr 2015 und den geplanten Sonderbericht zu Afghanistan, welcher eine Einschätzung der RSM beinhalten solle. Im Jahr 2016 beabsichtige der Unterausschuss Reisen in die baltischen Staaten, darunter Litauen und Lettland, die Niederlande und Italien. Thematisch sollen Investitionen in Verteidigungsmittel, die Zusammenarbeit der belgischen und niederländischen Seestreitkräfte sowie die Flüchtlingsproblematik im Mittelmeerraum im Vordergrund stehen. Der Unterausschuss „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ plane für das Jahr 2016 Reisen nach Kanada und in die Vereinigten Staaten, um die Sicherheitslage in der Arktis und die transatlantischen Beziehungen zu erörtern, so der Vorsitzende Abgeordneter **Sverre Myrli** (Norwegen). Darüber hinaus strebe der Unterausschuss Besuche in Zypern und im Libanon an. Zudem stünde im November des Jahres 2015 ein Besuch in Algerien an, bei dem die Migrationsbewegungen untersucht werden sollen.

XIII. Personalien

Die zur Wiederwahl stehenden Mandatsträger wurden in ihren Ämtern per Akklamation bestätigt. Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses wurde Abgeordneter **Raymond Knops** (Niederlande), Sonderberichterstatter wurde Abgeordneter **Wolfgang Hellmich** (Deutschland). Für den Unterausschuss „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten" wurden Senator **Xavier Pintat** (Frankreich) zum Vorsitzenden, Abgeordneter

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Roumen Iontchev (Bulgarien) und Abgeordneter **Faruk Ozlu** (Türkei) zum stellvertretenden Vorsitzenden sowie die Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) zur Berichterstatterin gewählt. Im Unterausschuss „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ übernahmen der Abgeordnete **João Rebelo** (Portugal) das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden und der Abgeordnete **Attila Mesterhazy** (Ungarn) das Amt des Berichterstatters. Schließlich wurden Abgeordneter **Roumen Iontchev** (Bulgarien) ordentliches Mitglied und Abgeordneter **Sverre Myrli** (Norwegen) stellvertretendes Mitglied im Interparlamentarischen Ukraine-NATO-Rat.

5. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Die Sitzung des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit fand am Samstag, 10. Oktober, und Sonntag, 11. Oktober 2015, unter Vorsitz des Abgeordneten **Vitalino Canas** (Portugal) statt.

I. Beratung des Generalberichtsentwurfes zum Thema „Herausforderungen bei der Bekämpfung des Homegrown Terrorism“, vorgelegt von Berichterstatterin Abgeordnete Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich)

Generalberichterstatterin Abgeordnete **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) erklärte, die Terrorangriffe in Paris im Januar 2015 hätten die Nachrichtendienste, Analysten und politischen Entscheidungsträger veranlasst, sich verstärkt auf die im Westen geborenen oder aufgewachsenen Einzeltäter und die von ihnen ausgehende Gefahr dschihadistischer Terrorangriffe zu konzentrieren. Diese Form des Terrors gebe Anlass zu großer Sorge, vor allem aufgrund der wachsenden Zahl von im Westen sozialisierten Jugendlichen, die sich militanten dschihadistischen Bewegungen anschlössen. Eine Herausforderung seien nicht nur die zurückkehrenden Kämpfer. Viele der inländischen Terroristen hätten weder direkte noch indirekte Kontakte mit militanten Gruppen in Afrika oder dem Nahen Osten gehabt. Die Radikalisierung von Einzelpersonen oder Gruppen in westlichen Gesellschaften erfordere dringend eine vertiefte Analyse sowie daraus abgeleitete, angemessene Antworten. Die euroatlantische Gemeinschaft müsse ihre Strategien und Instrumente überprüfen und anpassen. Vor allem beim Informationsaustausch zwischen den Polizeibehörden und Nachrichtendiensten gebe es dringenden Handlungsbedarf. Gleichzeitig sei sicherzustellen, dass Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung und gegen Radikalisierung nicht die Grundrechte und -freiheiten beschnitten.

In der Aussprache regte der Abgeordnete **Charles M. Huber** (Deutschland) an, die wirtschaftlichen Aspekte stärker zu thematisieren. Wenn sich die Lebensbedingungen der Menschen verbesserten und sie auch sozial und kulturell mehr teilhaben könnten, radikalisierten sie sich weniger und sähen in der Beteiligung an terroristischen Bewegungen keine Alternative. Der Generalberichtsentwurf wurde mit wenigen Änderungen, zu denen aus aktuellem Anlass eine Verurteilung des Anschlags in Ankara am 10. Oktober 2015 und eine Solidaritätsbekundung gegenüber den Menschen in der Türkei gehörten, einstimmig angenommen.

II. Beratungen des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ zum Thema „Der Kampf um die Herzen und Köpfe: Propagandaangriffen gegen die euroatlantische Gemeinschaft begegnen“ und zum Entschließungsentwurf „Die Bekämpfung der Propaganda- und Desinformationskampagnen Russlands“. vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Witold Waszczykowski (Polen)

Berichterstatter Abgeordneter **Witold Waszczykowski** (Polen) legte dar, der Umfang und die Intensität der *soft-power*, die die Russische Föderation in ihren Nachbarländern ausübe, deute darauf hin, dass Medienkampagnen zu einem der wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Instrumente der russischen Regierung avanciert seien. Der russische Staatspräsident Wladimir Putin habe die Medien *de facto* zum verlängerten Arm seiner Streitkräfte sowie des diplomatischen Corps und der Sicherheitsdienste gemacht. Die westliche Gemeinschaft sei schlecht gegen eine konzertierte Informationsinvasion einer ausländischen Macht aufgestellt. Der Bericht stelle das Ausmaß der Herausforderung deutlich dar und gebe einen Überblick über die von der euroatlantischen Gemeinschaft und anderen Institutionen eingeleiteten Maßnahmen und Initiativen. Er lege Möglichkeiten zur verbesserten Widerstandsfähigkeit der euroatlantischen Staaten gegen zukünftige Informationsangriffe dar. Der Bericht wurde unverändert und der Entschließungsentwurf mit kleinen Änderungen angenommen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

III. Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung der Entschließung 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) über Frauen, Frieden und Sicherheit in den nationalen Parlamenten der NATO-Mitgliedsländer, vorgelegt von Berichterstatterin Abgeordnete Ulla Schmidt (Deutschland)

Berichterstatterin Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) stellte die im Auftrag der Versammlung vom Genfer Zentrum für Sicherheit, Entwicklung und Rechtsstaatlichkeit (DCAF) alle zwei Jahre durchgeführte Analyse über die Umsetzung der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates zu Frauen, Frieden und Sicherheit in der NATO und ihren Mitgliedsstaaten vor. Sie erklärte, die Analyse der im Vorfeld der Tagung von den Parlamenten beantworteten Fragebögen gebe viele Denkanstöße und lade dazu ein, die bestmöglichen Verfahren in den verschiedenen Parlamenten als Vorbild für andere Parlamente zu nutzen. Zur Umsetzung der Resolution 1325 in den NATO-Mitgliedstaaten gebe es wichtige Synergien und es komme auf die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten und der Regierung an. Die Studie enthalte sehr konkrete Empfehlungen und Instrumente zur Förderung der Rechte von Frauen und zur stringenten Berücksichtigung der geschlechterspezifischen Perspektive in den verteidigungs- und sicherheitspolitischen Maßnahmen. Länder ohne einen nationalen Aktionsplan für die Umsetzung der Resolution 1325 sollten die Möglichkeiten der Einführung prüfen. Auf der Grundlage dieses Aktionsplans könne die bessere Umsetzung und parlamentarische Kontrolle der Bestimmungen im Zusammenhang mit der Herstellung der geschlechtsspezifischen Perspektive bei Frieden und Sicherheit gewährleistet werden. In Deutschland werde der Deutsche Bundestag von der Bundesregierung regelmäßig über die Umsetzung der Resolution 1325 unterrichtet. Sie schließe sich den Schlussfolgerungen der Analyse an, die eine Ausweitung des Themas auf den Schutz von Kindern fordere. Im globalen, sicherheitspolitischen Umfeld stelle der Schutz von Kindern ein aktuelles Problem dar. Die Studie sei auch der Sonderbeauftragten des NATO-Generalsekretärs für Frauen, Frieden und Sicherheit, Botschafterin Marriët Schuurman, zugeleitet worden.

Im Rahmen der Aussprache regte Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) an, diejenigen Mitgliedsländer, die sich an der Umfrage beteiligt hätten, nach den Gründen zu fragen.

IV. Beratung des Sonderberichtsentwurfs zum Thema „Übergang in Afghanistan: Implikationen für Zentralasien“, vorgelegt von Sonderberichterstatterin Abgeordnete Ulla Schmidt (Deutschland)

Sonderberichterstatterin Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) erklärte, der Bericht untersuche, inwiefern die Übertragung der Verantwortung für die Sicherheit auf die afghanischen Sicherheitskräfte Ende 2014 erfolgreich verlaufe. Sie führte aus, Präsident Aschraf Ghani und Chief Executive Abdullah Abdullah benötigten weiterhin internationale Unterstützung bei ihren Bemühungen zur Schaffung einer funktionsfähigen Einheitsregierung und der Umsetzung ambitionierter Reformen, insbesondere zur Korruptionsbekämpfung. Erfolgreich durchgeführte Parlaments- und Distriktratswahlen hätten die afghanische Demokratie festigen können, für eine Stabilisierung des Landes seien enorme Anstrengungen zu unternehmen. In Afghanistan müssten sich die Frauen sicher sein, dass ihre Rechte bei der Suche nach einer politischen Lösung, die Versöhnungsgespräche mit den Taliban einschlössen, geschützt werden. Ein Scheitern in Afghanistan könnte die Stabilität in Zentralasien bedrohen. Führungsverantwortung müsse eindeutig übergeben und weit verbreitete Korruption und Nepotismus bekämpft werden. Notwendig sei daher ein nachhaltiges internationales Engagement in der Region.

In der Diskussion bestand Einigkeit darüber, dass die Versammlung die Entwicklungen in der Region begleiten müsse. Zwar sei keine weitere Berichterstattung des Ausschusses geplant, der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit der Versammlung werde jedoch einen Sonderbericht zur Lage in Afghanistan erstellen. Die Mitglieder forderten, dass dieser bei dessen Berichterstattung die zivile Dimension der Sicherheit berücksichtigen solle. An der Beratung über den Bericht nahmen auch Parlamentarier aus Afghanistan und Pakistan teil. Der Ausschuss nahm den Bericht einstimmig an.

V. Vortrag von Akaash Maharaj Geschäftsführer der Global Organization for Parliamentarians against Corruption (GOPAC), zum Thema „Korruption und Sicherheit von Zentralasien bis Osteuropa“

Akaash Maharaj legte den Schwerpunkt seines Vortrags auf Afghanistan sowie die Rolle der Parlamente bei der Bekämpfung von Korruption.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

VI. Beratung des Entschließungsentwurfs zum Thema „Die Solidarität mit der Ukraine“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Abgeordnete Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich)

In den Beratung über den von Generalberichterstatterin Abgeordnete **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) vorgelegten Entschließungsentwurf übten Parlamentarier insbesondere aus der Ukraine, dem US-Kongress und Polen Kritik an von der deutschen Delegation eingebrachten Änderungsanträgen, die vor allem auf eine konfliktlösungsorientierte Ausgewogenheit zielten. Die Kritiker sahen darin den Versuch, das Ziel einer Verurteilung des russischen Vorgehens in der Ukraine zu untergraben. Ein Änderungsantrag, der den Waffenstillstand als wichtigen Schritt begrüßte, wurde erst nach längerer, kontroverser Debatte und leicht verändert angenommen. Mitglieder der polnischen Delegation erklärten, Deutschland wolle nur seine Verhandlungserfolge gewürdigt wissen. Eine sachliche Debatte war nicht mehr möglich, so dass die deutsche Delegation mehrere Änderungsanträge zurückzog, um den Entschließungsentwurf nicht zu gefährden.

VII. Personalien

Alle zur Wiederwahl stehenden Funktionsträgerinnen und -träger des Ausschusses wurden bestätigt.

VIII. Geplante Aktivitäten

Im Mittelpunkt des nächsten Generalberichts soll die globale Flüchtlingskrise mit einem Ausschussbesuch unter anderem in Italien stehen. Der nächste Sonderbericht der Abgeordneten **Ulla Schmidt** (Deutschland) soll sich mit der Lage auf dem Westbalkan beschäftigen und solle neben der politischen Lage auch die Flüchtlingsfrage thematisieren. Der Ausschuss plant in diesem Zusammenhang eine Sitzung in Belgrad und in Sarajewo. Zur Umsetzung der VN-Resolution 1325 ist für das Jahr 2017 eine erneute Umfrage geplant. Einbezogen werden sollen auch die Parlamente der Nichtmitgliedstaaten der NATO, die auf den Tagungen der Versammlung regelmäßig vertreten sind. Ferner soll das Thema ausgeweitet werden und die Analyse die Rechte und den Schutz von Kindern umfassen.

6. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 10. Oktober 2015, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Faik Oztrak** (Türkei). Zentrale Themen der Sitzung waren die Entwicklungen der Wirtschaft in der Ukraine, die Auswirkungen der Sanktionen gegen Russland und Terrorismusfinanzierung.

I. Vortrag von Dr. Thina Saltvedt, Analystin für Öl- und Energiefragen, Nordea Securities, zum Thema „Aktuelle Entwicklungen auf den globalen Öl- und Gasmärkten"

Dr. Thina Saltvedt begann ihre Ausführungen mit einer Darstellung der Preisentwicklung für Öl und Gas in den letzten zehn Jahren und zeigte die Auswirkungen der aktuell gefallenen Preise auf. Auf dem Ölmarkt habe das Preistief seit Juni 2014 für eine Krise der globalen Ölindustrie gesorgt. Das Energiekartell OPEC sei inzwischen konfrontiert mit anderen Erzeugern einerseits, beispielsweise den USA, und andererseits einer geringeren Nachfrage aufgrund von Effizienzsteigerungen und reduziertem Wirtschaftswachstum in einigen Ländern, zum Beispiel in China. Auch verhindere der niedrige Preis wichtige Investitionen für Forschung und Infrastrukturausbau. Die geringeren Einnahmen aus den Ölverkäufen übten zusätzlich Druck auf die Wirtschaft der Exporteure aus und könnten zu einer weiteren Instabilität in den Ländern führen. Die Rednerin verwies mit Blick auf den Terrorismus durch die Terrormiliz „IS“ in der Region auch auf die Fragilität einiger Transportrouten hin, zum Beispiel die Straße von Hormus, durch die rund 20 Prozent des weltweit geförderten Erdöls transportiert werden. Dr. Thina Saltvedt erklärte, insgesamt sei der Transportbereich mit 54 Prozent der größte Energieverbraucher; hier gäbe es am meisten Potenzial für technologische Fortschritte zur Reduzierung des Verbrauchs. Mit Blick auf den Gasmarkt erläuterte sie, die Preise seien nicht mehr so stark vom Ölpreis abhängig, unter anderem aufgrund anderer Transportmöglichkeiten durch Pipelines. Auch mache die Möglichkeit der Verflüssigung den Gasmarkt flexibler. Abschließend wies sie auf die vorhandenen Reserven von Schiefergas in Russland hin, deren Zugang jedoch in der Arktis erschwert und dessen Förderung nur mit hohen Investitionen und entsprechender Technologie möglich sei.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

In der Diskussion fragte der Abgeordnete **Ossur Skarphedinsson** (Island), ob in der Politik der OPEC wegen der anhaltend hohen Fördermengen und des damit niedrigen Ölpreises eine wirtschaftliche Strategie gegen Russland zu sehen sei. **Dr. Thina Saltvedt** erklärte, durch die Rückkehr des Iran auf den Ölmarkt müssten die Machtverhältnisse neu geregelt werden. Auf die Frage des Abgeordneten **Victor Chumak** (Ukraine) sagte **Dr. Thina Saltvedt**, die Projekte *Southstream* und *Turkstream* lägen im Moment aufgrund des niedrigen Gaspreises auf Eis. Ein weiterer Grund sei die in der EU fehlende Einigkeit über die Ausrichtung der zukünftigen Energieversorgung. Der Abgeordnete **Peter Bottemley** (Vereinigtes Königreich) fragte nach den Risiken für *Fracking* in Europa. **Dr. Thina Saltvedt** erklärte, das Problem für die Bevölkerung sei der Methangasaustritt, nicht die Grundwasserverschmutzung oder die Chemikalien. Abschließend sagte sie, die niedrigen Energiepreise wirkten sich positiv auf die Entwicklungen in Indien aus. Sie sei gespannt, ob die dortigen Energiemärkte vor dem Hintergrund der erheblichen Luftverschmutzung und Umweltprobleme in China eher in Richtung erneuerbare Energien gehen werden.

II. Vortrag von Dr. Tor Bukkvoll, Forschungsmitarbeiter, Norwegian Defence Research Establishment, zum Thema „Die Wirtschaft der Ukraine"

Den Ausschussmitgliedern zeigte **Dr. Tor Bukkvoll** eingangs die Wirtschaftsentwicklungen in der Ukraine und Russland von 1990 bis 2015 auf. Bei allen Unterschieden sei in beiden Ländern Korruption nach wie vor ein Hauptproblem. Er betonte die Notwendigkeit von Reformen in der Ukraine in den Bereichen Wirtschaft, Justiz, Handel sowie auf dem Energie- und Finanzsektor. Problematisch sei, dass nur ein sehr geringer Teil der politischen Elite ausgetauscht wurde, aber es gäbe politische Signale für Veränderungen. Dr. Tor Bukkvoll sagte, da die Ukraine von Finanzierungen aus dem Westen abhängig sei, müssten die EU und internationale Finanzinstitutionen den Druck von außen erhöhen und die notwendigen Reformen eng begleiten. Bei anhaltendem Korruptionsniveau bestünde die Gefahr, wieder unter den Einfluss Russlands zu geraten. Der Widerstand gegen die Reformen sei bei den prorussischen Oligarchen und in der Verwaltung erheblich. Daher könne ein weiterer Maidan grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden. Er erklärte abschließend, angesichts der enormen Herausforderungen gehe es langsam, aber erkennbar voran. Eine erfolgreiche Ukraine liege jedoch nicht im Interesse von Putin. Dieser werde vielleicht seine Strategie ändern, aber nicht sein Ziel, die Ukraine im russischen Machtbereich zu halten.

In der Diskussion betonte der Abgeordnete **Andrii Levus** (Ukraine), problematisch sei, dass große Teile der Medien und der Wirtschaft unter der Kontrolle von prorussischen Oligarchen stünden. **Dr. Tor Bukkvoll** sagte, im Gegensatz zur Situation in Russland sei die ukrainische Bevölkerung stark und der ukrainische Staat schwach. Auf dem Maidan sei nicht für bessere Lebensbedingungen, sondern gegen die Bereicherung der politischen Kaste demonstriert worden. Interessant sei auch, dass seit den Konflikten auf der Krim und im Donbas die Zustimmung für einen NATO-Beitritt inzwischen bei 64 Prozent liege. Auf die Frage des Senators **Jean-Marie Bockel** (Frankreich) nach der Wirkung der Sanktionen gegen Russland erklärte **Dr. Tor Bukkvoll**, Putin benutze den Konflikt in Syrien, um die internationale Bedeutung Russlands zu demonstrieren. In den Wirtschaftssanktionen sah er eine Langzeitstrategie gegen Russland, die aktuell zu einer Reduzierung der militärischen Konfrontation in der Ukraine geführt habe.

III. Vortrag von Akaash Maharaj, leitender Mitarbeiter, Global Organization for Parliamentarians against Corruption (GOPAC), zum Thema „Die Verbindung von Korruption und Sicherheit"

Eingangs erklärte **Akaash Maharaj**, Länder mit korrupten Regierungen seien extrem anfällig für interne und externe Manipulation und Einflussnahme. Die Korruption stelle daher weltweit die größte Bedrohung gegen eine positive Entwicklung dar und bedeute ein hohes Maß an Unsicherheit. Die Ukraine sei ein Land mit hoher Priorität für die GOPAC, die aktuelle Krise sei Ausdruck der langjährigen Korruption. Die Sicherheit und das Fortbestehen der Ukraine hängen daher entscheidend von der Bekämpfung der Korruption ab und wären auch ein wichtiges Signal an andere Länder in der Region. Unter Präsident Janukowitsch lag die Ukraine auf Platz 142 von 175 Nationen im Korruptions-Index, hinter Russland, dem Iran und Nigeria. Im Jahr 2014 wurden 25 Prozent des Verteidigungshaushalts politisch in andere Kanäle umgelenkt. Die russische Invasion sei bei der Krim-Besetzung erfolgreich gewesen, weil nur 6.000 von 130.000 ukrainischen Soldaten einsatzbereit gewesen seien. Auch müssten die Wehrpflichtigen sich selber ausrüsten. Er empfahl abschließend die Stärkung des ukrainischen Parlaments – der Rada – mit internationaler Unterstützung, die Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens durch die Rückführung von „gestohlenem" Kapital, eine Partnerschaft mit Institutionen wie beispielsweise der Polizei, Justizreformen sowie die Aufrechterhaltung des Drucks gegen Russland und wirtschaftliche Investitionen in der

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Ukraine. Die NATO könne über den NATO-Ukraine-Rat im Kampf gegen die Korruption wirken und sich als Katalysator beim Aufbau der benötigten Integrität erweisen.

Auf die Frage des Abgeordneten **Charles M. Huber** (Deutschland) erklärte **Akaash Maharaj**, politische Reformen führten zu Wohlstand für alle, nicht umgekehrt. Die Anreizstrukturen müssten verändert werden. Entscheidend sei, dass die Gesellschaft Reformen einfordere.

IV. Beratung des Berichtentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen" zum Thema „Terrorismusfinanzierung", vorgelegt von der Berichterstatterin Senatorin Nathalie Goulet (Frankreich), vorgestellt vom amtierenden Berichterstatter Abgeordneter Menno Knip (Niederlande)

Für die ausgeschiedene Berichterstatterin Senatorin Nathalie Goulet (Frankreich) stellte der Vorsitzende des Unterausschusses, Abgeordneter **Menno Knip** (Niederlande), den aktualisierten Berichtsentwurf vor. Er definiere Terrorismusfinanzierung als Möglichkeit von Terrororganisationen, Finanzmittel zu beschaffen, um Operationen auszuführen, organisatorische Strukturen zu unterhalten sowie Kämpfer zu rekrutieren und zu binden. Der Terrorismus habe eine Vielzahl von Formen und Ausmaßen angenommen. Die Überwachung der Finanzierung dieser Organisationen schaffe Möglichkeiten zur Eindämmung des Finanzstroms und zur Aufdeckung wichtiger Akteure im Netzwerk. Drogen-, Waffen- und Menschenhandel seien die wichtigsten Quellen. Er nahm erneut Bezug auf neun spezielle Empfehlungen der Arbeitsgruppe zur Geldwäschebekämpfung (FATF) als Leitlinien für die Regierungen. Erforderlich seien eine deutliche bessere Kooperation zwischen den Finanzinstitutionen und den Strafverfolgungsbehörden sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Des Weiteren habe sich eine Finanzkontrolle und -regulierung als eine sehr erfolgreiche Strategie erwiesen. Es sei auch wichtig, Entwicklungsländer, die die entsprechenden Standards noch nicht erfüllten, zu unterstützen.

In der Diskussion wies ein ukrainischer Abgeordneter darauf hin, dass auch Regierungen Terrorismus finanzierten, wie beispielsweise die Unterstützung Russlands für die Separatisten in der Ukraine. Der Abgeordnete **Charles M. Huber** (Deutschland) wies auf 23 Banken in Syrien hin, die mit dem sogenannten „IS“ zusammenarbeiteten, und erklärte, konkrete Maßnahmen gegen diese Banken seien dringend notwendig. Abgeordneter **Menno Knip** sagte abschließend, die Koordinierung der internationalen Maßnahmen verlange keinen für alle passenden Ansatz. Wichtig sei, sich allgemein auf die wichtigsten Grundsätze zu konzentrieren und die jeweils beste Möglichkeit für die Annäherung an die Problemlösung zu finden. Der Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

V. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung" zum Thema „Der Zustand der Wirtschaft in der Ukraine und die Aussichten für ihre zukünftige Entwicklung", vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Richard Benyon (Vereinigtes Königreich)

Berichterstatter Abgeordneter **Richard Benyon** (Vereinigtes Königreich) erklärte eingangs, der Berichtsentwurf sei um aktuelle Entwicklungen im russisch-ukrainischen Konflikt ergänzt worden. Der Krieg und eine Vielzahl von Problemen struktureller Art und in der Regierungsführung hätten ausländische Investoren erheblich abgeschreckt, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Ukraine sei in diesem Jahr um zehn Prozent gesunken. Es gebe jedoch auch erste Anzeichen einer wirtschaftlichen Stabilisierung durch Haushalts- und Energiemarktreformen. Er sagte abschließend, die aktuellen Herausforderungen für die Ukraine seien nicht nur die Verteidigung seiner territorialen Integrität und Souveränität. Notwendig seien Reformen des Justizwesens, transparentere und effektivere Verwaltungsstrukturen, eine größere Öffnung des Landes für globale Wirtschaftsaktivitäten und eine engere Beziehung zu Europa.

Die Abgeordnete **Ivanna Klympush-Tsyntsadze** (Ukraine) bat darum, im Bericht das Wort „Rebellen" durch „prorussische Separatisten" zu ersetzen. Der Berichtsentwurf wurde mit dieser Änderung einstimmig angenommen.

VI. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Sanktionen gegen die russische Wirtschaft: Kosten und Auswirkungen", vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Diego Lopez Garrido (Spanien)

Die Wirtschaftskrise in Russland sei hauptsächlich auf die schlechte Regierungsführung und den niedrigen Ölpreis zurückzuführen, so Generalberichterstatter Abgeordneter **Diego Lopez Garrido** (Spanien). Auch hätten die Annexion der Krim und der Ukraine-Konflikt hohe Kosten verursacht. Russland habe versucht, seine Kooperation mit China zu verstärken, das jedoch Europa als wichtigsten Handelspartner nicht ersetzen könne. Die Isolierung

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

seines Landes stelle Putin als eine Reaktion des Westens auf die geopolitischen und wirtschaftlichen Strategien Russlands dar. Mit Blick auf die Schlussfolgerungen des Berichts sagte er, die demokratisch gewählte Regierung der Ukraine müsse umfassend unterstützt und den äußerst irreführenden Darstellungen Russlands über die Ursachen des Konfliktes entgegengetreten werden.

In der Diskussion bewertete der Abgeordnete **Ossur Skarphedinsson** (Island) die Aussage im Bericht kritisch, die Wirtschaftssanktionen des Westens hätten kaum Auswirkungen. Er warb zur Verschärfung der Sanktionen für den Ausschluss Russlands von SWIFT; diese Maßnahme sei auch gegenüber dem Iran erfolgreich gewesen. Generalberichterstatter **Diego Lopez Garrido** hielt eine Verschärfung der Sanktionen zum jetzigen Zeitpunkt für falsch. Entsprechende Veränderungen sollten von der Einhaltung der Minsk II-Verpflichtungen abhängig gemacht werden.

VII. Beratung des Entschließungsentwurfs „Sanktionen gegen die russische Wirtschaft", vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Diego Lopez Garrido (Spanien)

Der Generalberichterstatter nahm Bezug auf die Schlussfolgerungen seines Generalberichts. Das derzeitige Sanktionsregime gegen Russland und die Krim müsse aufrechterhalten werden, solange Russland die Ukraine weiterhin destabilisiere und Teile ihres Hoheitsgebietes widerrechtlich besetze. Die Sanktionen sollten verschärft werden, wenn Russland seinen Verpflichtungen nach den Vereinbarungen von Minsk nicht nachkomme.

Die Entschließung wurde mit einigen Änderungen mehrheitlich angenommen. Die deutsche Delegation brachte einige Änderungsanträge ein. Der Titel der Entschließung wurde entsprechend verändert in „Wirtschaftssanktionen gegen Russland" und die Aufrechterhaltung der Sanktionen auch von einem Fortbestehen der Annexion der Krim abhängig gemacht.

VIII. Zukünftige Aktivitäten

Der Vorsitzende des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung", Abgeordneter **Francis Hillmeyer** (Frankreich), berichtete, die Verflechtung von Korruption und Sicherheit sei Thema des Berichts des Unterausschusses im Jahr 2016. Dafür seien ein weiterer Besuch in der Ukraine sowie eine Reise nach Kanada vorgesehen. Der Vorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen", Abgeordneter **Menno Knip** (Niederlande), berichtete von geplanten Besuchen in Marokko und in den USA zum Thema wirtschafts- und sicherheitspolitische Folgen der Migrationskrise.

IX. Personalien

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses wurde der Abgeordnete **Hans Olav Syversen** (Norwegen) und zum Generalberichterstatter Senator **Jean-Marie Bockel** (Frankreich) gewählt. Im Unterausschuss „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen" wurde der Abgeordnete **Christian Tybring-Gjedde** (Norwegen) neuer stellvertretender Vorsitzender und der Abgeordnete **Ossur Skarphedinsson** (Island) Berichterstatter. Alle zur Widerwahl stehenden Funktionsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt.

7. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie kam am Sonntag, 11. Oktober 2015, in Stavanger unter dem Vorsitz von **Baroness Ramsay of Cartvale** (Vereinigtes Königreich) zusammen, um die Themen Klimawandel, Soziale Medien und Terrornetzwerke, Nukleardeal mit Iran, Russlands Militärmodernisierung und Hoher Norden zu beraten.

I. Vortrag von Dr. Petter Nesser, wissenschaftlicher Leiter am Norwegian Defence Research Establishment, zum Thema „Soziale Medien und terroristische Propaganda"

Schwerpunkt des Vortrags von **Dr. Petter Nesser** waren die Sozialen Medien und ihr Einfluss auf das operative Verhalten von Dschihadisten. Als erstes Terrornetzwerk sei Al-Qaida mit online-Anwerbepropaganda am Start gewesen – zunächst mit Newslettern und Webseiten. Später habe Al-Qaida Foren genutzt, um militantes Material international zu verbreiten. Während die Terrorgruppen sich ursprünglich im Untergrund oder in Trainingscamps persönlich getroffen hätten, erfolge der Kontakt nun über verschlüsselte Botschaften im virtuellen Raum auf Twitter, YouTube und Facebook. Auch im taktisch-operativen Bereich seien Veränderungen beobachtbar: eine zunehmende Tendenz zu Einzelselbstmordattentaten. Mit dem Erstarken des sogenannten „IS“ im Irak und in Syrien

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

zeige sich dessen Überlegenheit im Umgang mit den sozialen Netzwerken. Der sogenannte „IS“ präsentiere sich weniger textlastig als der Al-Qaida-Auftritt. Obendrein erreiche der sogenannte „IS“ die Jugendlichen mit ansprechenden Bildern und Videos und motiviere damit deutlich mehr Menschen weltweit.

Die Abgeordnete **Maria Martens** (Niederlande) eröffnete die Diskussion mit der Frage, wie dschihadistische Einzeltäter über das Internet von Terrorgruppen manipuliert würden. **Dr. Petter Nesser** stellte klar, dass es in Europa bislang nur drei Einzeltäterterrorakte gegeben habe, deren Vernetzung mit Terrorgruppen nicht belegt sei. Senator **Edmund Wittbrodt** (Polen) erkundigte sich nach der Triebfeder der Gotteskämpfer. **Dr. Petter Nesser** nannte folgende Gründe: militärische Konflikte, persönliche Not- bzw. Niederlagen, Festnahme von muslimischen Freunden oder Angehörigen und Beleidigung des Propheten. Finanzielle Gründe spielten dagegen eine untergeordnete Rolle. Abgeordneter **Sven Mikser** (Estland) hakte nach, ob die Tatsache, dass die IS-Internetpropaganda weniger Text- und mehr Bildmaterial als die von Al-Qaida verwende, dafür spreche, dass die religiöse Verwurzelung des sogenannten „IS“ weniger stark sei. **Dr. Petter Nesser** kommentierte, bei beiden Organisationen werde jede Tat mit dem Koran begründet, allerdings ziele der sogenannte „IS“ weniger darauf ab. Abgeordneter **Jürgen Hardt** (Deutschland) wollte wissen, ob die Gestaltung der Propagandaseiten Rückschlüsse auf den Bildungsgrad der angesprochenen Gruppe zulasse, und ob diese Seiten für die „westlichen" Leser extra angepasst werden. Ferner bat er um Auskunft, ob die Gegenakteure sich der gleichen Bildsprache bedienten und bat generell um Auskunft, wie die Gegenpropaganda aussehe. **Dr. Petter Nesser** entgegnete**,** dass Al-Qaida wie auch der sogenannte „IS“ um Sympathisanten und Nachwuchs werben – seit 2008 verstärkt mit visuellen statt textlichen Elementen. Dabei gebe es zahlreiche Bezüge zur westlichen Kultur, beispielsweise die Mohammed-Karikaturen. Gegenpropaganda zu platzieren bezeichnete er als äußerst schwierig.

II. Vortrag von Dr. Dina Esfandiary, Centre for Science and Security Studies, King's College, London, zum Thema „Iran - Welche Auswirkungen hat der 5+1-Nukleardeal?"

Den Ausschussmitgliedern vermittelte **Dr. Dina Esfandiary** einen Überblick über den Uran-Deal. Zunächst einmal sei der Deal begrüßenswert, weil er eine Reduzierung der Zentrifugen und des hoch angereicherten Urans vorsehe. Auch werde der Reaktor in Arak stillgelegt. Zudem werde der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) in den kommenden 20 Jahren Zugang zu allen Anlagen gewährt – für eingehende Inspektionen sogar ohne Vorlaufzeit. Die innenpolitischen Auswirkungen des Abkommens seien jedoch schwer vorhersehbar: sowohl eine Stärkung des gemäßigten Lagers um Präsident Rohani als auch mehr Rückhalt für die konservativen Kräfte durch den Wächterrat seien denkbare Folgen. Mit Interesse blicke sie auf die im Februar 2016 anstehenden Wahlen. Regional habe der Deal einen mäßigenden Effekt und biete eine große Chance für eine Zusammenarbeit mit dem Westen. Aufgrund religiöser Bindungen und der gemeinsamen langen Grenze sei der Irak ein enger Partner. Hingegen sei in Syrien die Situation sehr unübersichtlich; dort verfolgten viele Akteure ganz gegensätzliche Interessen. Nachweisbar unterstütze Iran das syrische Regime, was ihn angesichts der Sanktionssituation erheblich finanziell belaste. Negativ seien die Auswirkungen des Atomabkommens bei vielen Golfstaaten aufgenommen worden, denn sie fürchteten Irans Expansionsdrang. Israel lehne das Abkommen als unakzeptabel komplett ab, weil es dem Iran weiterhin die Möglichkeit einräume, waffenfähiges Nuklearmaterial zu behalten.

Abgeordneter **Sven Mikser** (Estland) leitete die Diskussionsrunde mit der Frage ein, welche Interessen Russland bei dem Atomabkommen mit Iran habe. **Dr. Dina Esfandiary** bezeichnete Russlands Position als überraschend konstruktiv, zumal es Nachteile zu erwarten habe, wenn der Iran als Konkurrent auf den internationalen Ölmarkt zurückkehre. Abgeordneter **Jürgen Hardt** (Deutschland) fragte ganz konkret, ob das beim Iran erfolgreiche 5+1-Format nicht auch bei anderen Problemfeldern- und -regionen eine nachahmenswerte Methode sein könne. **Dr. Dina Esfandiary** zeigte sich eher pessimistisch, ob die 5+1-Lösung, bei der die arabischen Staaten nicht berücksichtigt seien, für zukünftige Verhandlungsformate als Modell dienen könne.

III. Beratung des Generalberichtsentwurfs zum Thema „Modernisierung des russischen Militärs", vorgelegt von Generalberichterstatterin Abgeordnete Maria Martens (Niederlande)

Generalberichterstatterin Abgeordnete **Maria Martens** (Niederlande) fasste die wesentlichen Aussagen ihres Generalberichtsentwurfes zusammen und erinnerte ihre Ausschusskollegen daran, dass sie mit dem Bericht einen realistischen Überblick über Russlands militärische Modernisierung geben wolle. Sie zeigte sich besorgt über die Gefährdung der Weltordnung durch Russlands jüngste massive Investitionen in Militärprojekte. Allerdings sei auch festzustellen, dass die galoppierende Inflation, der Wachstumsrückgang, der Ukrainekonflikt und die Auswirkungen der gegen Russland verhängten Sanktionen die Militärmodernisierung in Frage stellen könnten. Nicht nur in militärisches Großgerät investiere Russland, es baue auch seine Möglichkeiten für Cyber-Attacken aus.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Abschließend appellierte die Generalberichterstatterin an ihre Ausschusskollegen, sich weiterhin um die Einhaltung von Waffenkontrolle, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung mit Russland zu bemühen und gleichzeitig die eigenen Fähigkeiten auf den neuesten Stand zu bringen.

In der Diskussion fragte Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich) nach dem tatsächlichen finanziellen Aufwand Russlands zur militärischen Modernisierung und erwähnte, welch großen Verlust Frankreich durch die sanktionsbedingte Stornierung eines russischen Auftrags für zwei Kriegsschiffe erlitten habe. Abgeordnete **Maria Martens** bestätigte, dass die Militärausgaben in Russland sehr hoch seien, konkrete Zahlen nannte sie jedoch nicht. Abgeordneter **Jürgen Hardt (**Deutschland) zeigte sich besorgt über den rasanten Anstieg russischer Militärausgaben. Zudem habe ihn das positive Image überrascht, das Putin nicht nur im eigenen Land, sondern auch bei russischen Spätaussiedlern in Deutschland genieße.

IV. Beratung des Berichts des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit" zum Thema „Der Hohe Norden: Herausforderungen und Chancen", vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Osman Askin Bak (Türkei)

In seinem Bericht schilderte Berichterstatter Abgeordneter **Osman Askin Bak** (Türkei) die Chancen und Risiken der arktischen Eisschmelze. Zu den positiven Auswirkungen zählte er die enormen, in absehbarer Zukunft verfügbaren Ressourcen – Erdöl, Erdgas und Erze – sowie die Erschließung neuer Seewege und Fischgründe. Beunruhigt zeigt sich der Berichterstatter über einige Aktionen Russlands im Hohen Norden, wie die Verlegung militärischer Geräte in die Arktis und Strategien zur robusteren Durchsetzung nationaler Interessen in der Region. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der gegenwärtig angespannten Beziehungen zwischen Russland und der NATO sei Wachsamkeit geboten. Auch sollte bei erhöhtem militärischem Aufwuchs von russischer Seite an gemeinsame Übungen der Verbündeten aus der Arktisregion gedacht werden. Oberstes Ziel müsse jedoch sein, die Arktis als Friedensregion zu erhalten.

Darin bestärkte ihn in der anschließenden Diskussion Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich), der zugleich Bedenken äußerte, ob die Arktisregion wirklich für den Abbau natürlicher Ressourcen erschlossen werden sollte. Ohne Änderungen verabschiedeten die Ausschussmitglieder den Bericht.

V. Beratung des Sonderberichtsentwurfs zum Thema „Klimawandel, Internationale Sicherheit und der Weg nach Paris 2015", vorgelegt von Sonderberichterstatter Abgeordneter Philippe Vitel (Frankreich)

In seinem aktualisierten Sonderberichtsentwurf machte Sonderberichterstatter Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich) deutlich, dass der Zusammenhang zwischen menschenverursachten Treibhausgasen und der Klimaerwärmung unabweisbar sei. Mit seinem Sonderbericht wolle er im Hinblick auf die im Dezember in Paris anstehende Klimakonferenz einen Appell an die Kollegen richten, sich ihrer Verantwortung bewusst zu sein und einen fairen Ausgleich zwischen Emissionsreduzierungen und Wirtschaftswachstum anzustreben. Die stärksten Verschmutzer ermahnte er, ihren Beitrag zur Emissionsverringerung deutlich zu erhöhen. Alarmiert zeigt er sich von den Klimafolgen für die internationale Sicherheit, auf die auch die NATO reagieren müsse. Insgesamt bat der Sonderberichterstatter die Ausschussmitglieder, einen weitreichenden, fairen Vertrag auszuhandeln.

In der Diskussion schloss sich Abgeordnete **Thorunn Egilsdottir** (Island) dem Plädoyer des Sonderberichterstatters an. Senator **Domenico Scilipoti** (Italien) unterstrich die Notwendigkeit einer umfassenden nachhaltigen Entwicklungsstrategie und die Einhaltung der Millenniumsentwicklungsziele, die ohne globale Zusammenarbeit nicht zu erreichen seien.

VI. Umbenennung des Unterausschusses

Ohne Einwände billigten die Ausschussmitglieder die von **Baroness Ramsay of Cartvale** (Vereinigtes Königreich) und dem Abgeordneten **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen) vorgeschlagene Umbenennung des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit" in „Technologietrends und Sicherheit".

VII. Personalien

Die wiederwählbaren Mandatsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt: **Baroness Ramsay of Cartvale** (Vereinigtes Königreich) als Vorsitzende des Hauptausschusses sowie Abgeordneter **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen) als Vorsitzender und Senator **Domenico Scilipoti** (Italien) als stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses „Technologietrends und Sicherheit". Auf die Abgeordneten **Richard Nugent** (Vereinigte Staaten) und **Sven**

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Mikser (Estland) fiel die Wahl als weitere stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses. Dessen Berichterstatterin wurde Abgeordnete **Maria Martens** (Niederlande). Den Abgeordneten **Philippe Vitel** (Frankreich) bestimmten die Ausschusskollegen zum Generalberichterstatter, den Abgeordneten **Osman Askin Bak** (Türkei) zum Sonderberichterstatter.

VIII. Zukünftige Aktivitäten

Für das Jahr 2016 hat sich der Ausschuss eine Reise nach Washington vorgenommen, um die Frage des Nukleardeals mit dem Iran näher zu beleuchten und Informationen über innere Sicherheit und Cyber-Sicherheit zu gewinnen. Die Ausschussmitglieder verabredeten Besuche nach Dänemark und Grönland, um ein umfassendes Bild vom Hohen Norden und den Herausforderungen dort zu gewinnen; ein Besuch in La Spezia soll den Unterausschussmitgliedern neue Erkenntnisse zur Meeresforschung bringen.

8. Plenarsitzung

Am Montag, 12. Oktober 2015, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, **Hon. Michael Turner** (Vereinigte Staaten), die Plenarsitzung in Stavanger statt.

I. Ansprache des Präsidenten der NATO PV, Hon. Michael Turner (Vereinigte Staaten)

Präsident Turner erklärte, die zunehmenden Konflikte und die wachsende Instabilität im Nahen Osten und Nordafrika seien Anlass zur Sorge. Dem Bündnis komme als Gemeinschaft der kollektiven Verteidigung eine besondere Rolle zu. Besonders vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen seien rückläufige Verteidigungsausgaben kontraproduktiv und müsse gegengesteuert werden. Die Intervention Russlands in der Ukraine und auf der Krim sei nicht akzeptabel. Ferner übe Russland Druck auf seine unmittelbaren Nachbarn Weißrussland, Aserbaidschan und Zentralasien aus. Russland unterstütze mit seinem Eingreifen in Syrien nicht die internationalen Bemühungen zur Bekämpfung des sogenannten „IS“. Russland dehne seine Einflusssphäre auch auf die Arktis aus, worüber nicht nur Norwegen besorgt sei. Mit der Modernisierung des russischen Nuklearpotentials zeige sich Russlands destabilisierende Strategie. Der Druck auf Russland dürfe daher nicht nachlassen. Der unverhältnismäßig hohe Anteil, den die USA an dem Verteidigungsbudget der NATO noch zu tragen habe, sei ebenfalls Anlass zur Sorge. Die amerikanische Bevölkerung sei immer schwerer von Sinn und Zweck dieses disproportional hohen Engagements der Vereinigten Staaten zu überzeugen. Mit dem Abschluss des Vertrages von Dayton vor 20 Jahren sei der Krieg im ehemaligen Jugoslawien beendet worden. Die internationale Koalition habe im letzten Jahr die militärische Intervention in Afghanistan beendet, setze aber die wirtschaftliche und militärische Unterstützung für den Aufbau des Landes fort. Die Engagements auf dem Balkan und in Afghanistan lehrten, dass Europa und Nordamerika auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Ziele im Interesse des Friedens und zum Wohle der Menschen am besten gemeinsam handeln.

II. Ansprache der Ministerpräsidentin von Norwegen, Erna Solberg

Die norwegische Ministerpräsidentin **Erna Solberg** erinnerte an ihre eigene Mitgliedschaft in der Versammlung und erklärte, die NATO sei der Grundpfeiler der westlichen Werte- und Verteidigungsallianz. Sie konstatierte, dass ein zu beobachtendes Auseinanderdriften der Weltgemeinschaft in den Bereichen Werte, Weltanschauung und Interessen sehr besorgniserregend sei. Sie ging auf die russische Außenpolitik ein und erklärte, Russland werde unberechenbarer und setze zunehmend statt auf Diplomatie auf militärische Konfrontation. Die dadurch entstandene starke Beunruhigung einiger Bündnismitglieder sei nachvollziehbar. Sie legte dar, dass der Krieg und die zunehmende Instabilität im Süden Europas einen anderen Ursprung hätten. Sie bedauerte die Zunahme von Radikalisierung und Terror. Der sogenannte „IS“ bedrohe Millionen von Menschen in Syrien und im Irak, die ihre Heimat verlassen und nach Europa flüchten müssten. Die Sicherheitsherausforderungen seien komplex und mit nur militärischen Mitteln nicht zu lösen. Ferner betonte sie, Norwegens Seegebiet erstrecke sich im Hohen Norden über zwei Millionen Quadratkilometer und ihr Land lege großen Wert darauf, dass die Region auf der Grundlage internationaler Zusammenarbeit stabil bleibe. Der Arktische Rat biete dafür eine bewährte Struktur. Das russische Vorgehen bereite Norwegen große Sorgen, da Russland seine im Hohen Norden stationierten Einheiten verstärke und modernisiere sowie Luftwaffen- und Seemanöver forciere. Norwegen sei an der Aufrechterhaltung der über Jahrzehnte gewachsenen Kooperationsmechanismen mit Russland sehr interessiert. Russlands Maßnahmen in der Ukraine erschütterten jedoch das Vertrauen in das Land. Sie forderte Russland auf, das verlorengegangene Vertrauen wiederherzustellen. Sie plädierte außerdem für einen Ausbau der maritimen Kapazitäten

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

der NATO durch Schulungen und Manöver. Mit einem Ausbau könne sich die NATO an die neuen Gegebenheiten anpassen, ohne damit die Herausforderungen in anderen Regionen außer Acht zu lassen. Zur zukünftigen Ausrichtung der NATO erklärte sie, wichtig sei es, neue Investitionen in die eigene Sicherheit zu tätigen. Besonders die Solidarität der Verbündeten bei Krisen und Instabilität in unmittelbaren Nachbarregionen sei die Basis der NATO. Partnerschaftliche Ansätze und eine engere Zusammenarbeit mit der EU müssten ausgebaut werden.

In der Diskussion erklärte Abgeordneter **Gilbert le Bris** (Frankreich), der Hohe Norden habe für das Bündnis eine sehr große Bedeutung. Er fragte, ob die zunehmenden Aktivitäten der russischen U-Bootflotte einer näheren Betrachtung unterzogen werden müssten. **Erna Solberg** legte dar**,** Norwegen habe seine Investitionen in Überwachungsgeräte und die Frequenz von Patrouillen im Nordmeer deutlich erhöht. Abgeordnete **Rasa Jukneviciene** (Litauen) lobte die erfolgreiche Kooperation Litauens mit Norwegen in der Energielieferung, die ihr Land unabhängiger von Russland mache. Sie erkundigte sich nach Möglichkeiten einer effizienten Unterstützung im Energiesektor für die Ukraine. **Erna Solberg** führte aus, vordringlichste Aufgabe der ukrainischen Führung sei es, für Transparenz über die Verwendung der zur Verfügung gestellten Finanzmittel zu sorgen und die Korruption zu bekämpfen. Auf die Frage der Abgeordneten **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) nach Programmen zur Deradikalisierung von Jugendlichen erinnerte **Erna Solberg** an die vor 20 Jahren existierende große Zahl rechtsgerichteter Neonazis in Norwegen. Deren Deradikalisierung sei durch eine „konzertierte Aktion" von Eltern, Freunden und Fachleuten bewerkstelligt worden. Bei den geschätzt 70 radikalisierten Islamisten in Norwegen werde ein vergleichbares Vorgehen unter Einbeziehung von Familienangehörigen, Freunden, Predigern, Behörden und Minderheitenvertretern unternommen. Bei zugewanderten Moslems sei leider eine latente Unzufriedenheit festzustellen und häufig scheitere die Integration.

III. Ansprache des NATO-Generalsekretärs und Vorsitzenden des Nordatlantikrates, Jens Stoltenberg

Der NATO-Generalsekretär wies mit Bezug auf die Konflikte in Syrien und der Ukraine auf die dramatischen Veränderungen im Sicherheitsumfeld des Bündnisses hin. Er betonte, aus seiner Sicht gebe es keine Alternative zu Verhandlungslösungen, jedoch kritisierte er die Aktionen Russlands als nicht konstruktiv für die Konfliktlösung. Mit Blick auf die Beschlüsse des Gipfels von Wales im letzten Jahr benannte er als erfolgte Umsetzungen, dass die Größe der *NATO Response Force* (NRF) durch die als Speerspitze bezeichnete Eingreiftruppe *Very High Readiness Joint Task Force* (VJTF) verdoppelt worden sei. Die Präsenz des Bündnisses in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten sei ausgedehnt und ein neues Konzept für einen besseren militärischen Schutz dieser Mitgliedstaaten verabschiedet worden. Es gebe dort inzwischen sechs neue Hauptquartiere, zwei weitere seien in Planung. Auch seien Entscheidungsprozesse und damit die politische Kontrolle verbessert sowie die Manöverfrequenz erhöht worden. Er benannte drei Prioritäten für die Zukunft: Erstens müsse die Abschreckung modernisiert werden durch einen besseren Austausch von Informationen und die Entwicklung von Frühwarnmechanismen sowie eine verbesserte Cyber-Verteidigung. Zweitens müsse die Entwicklung eines konstruktiven Verhältnisses zu Russland vorangebracht werden, was nicht bedeute, das Verhalten Russlands zu akzeptieren. Und drittens erfordere die fortschreitende Instabilität in der Welt – von Afghanistan über den Nahen Osten bis Nordafrika – eine gemeinsame, globale Reaktion der Länder in der Region und der internationalen Gemeinschaft. Die NATO müsse sich verschiedenen Herausforderungen gleichzeitig stellen und spiele eine wichtige Rolle als Unterstützer zur Selbsthilfe und bei Partnerschaften für Stabilität und Sicherheit. Abschließend sagte er, der Gipfel von Warschau 2016 sei ein wichtiger Meilenstein auf dem gemeinsamen Weg in die Zukunft.

In der Diskussion betonte der Abgeordnete **Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers** (Deutschland), nur eine starke NATO könne ihr Verhältnis zu Russland mit dem doppelten Ansatz von Dialogbereitschaft und Verteidigung gestalten. Er fragte, ob der angestrebte Zeitplan für den geplanten Abzug aus Afghanistan eingehalten oder an die aktuelle Sicherheitslage angepasst werde. Hinsichtlich der Entwicklungen im Irak, in Libyen und die aktuelle Flüchtlingskrise bemerkte er, wenn Länder zu früh auf sich selbst gestellt werden würden, seien die Folgen oft schwerwiegend. NATO-Generalsekretär **Jens Stoltenberg** entgegnete, die NATO verlasse Afghanistan nicht, lediglich der Kampfeinsatz werde beendet. Das Land müsse Verantwortung übernehmen für die eigene Sicherheit, die NATO unterstütze die Entwicklung des Übergangs mit Geld, Ausbildung und Beratung. Auch sei die abschließende Entscheidung zu Dauer und Umfang der RSM noch nicht getroffen worden. Er gehe davon aus, dass beim Gipfel in Warschau 2016 weitere Unterstützungszusagen gemacht würden. Auf die Frage der Abgeordneten **Beatriz Rodriguez-Salmones** (Spanien) nach der Verantwortung der NATO für humanitäre Hilfe im Rahmen der aktuellen Flüchtlingskrise sagte NATO-Generalsekretär **Jens Stoltenberg**, die NATO versuche durch stabilisierende Maßnahmen die Ursachen der Krise in den Ländern anzugehen. Zum Verhältnis des Bündnisses zu Russland führte er aus, es gebe keine Alternative zum politischen Dialog, eine Isolierung Russlands bringe keinen Frieden und keine

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Stabilität. Russland müsse erkennen, dass Kooperation sinnvoller als Konfrontation sei. Der Abgeordnete **Philippe Vitel** (Frankreich) thematisierte die Auswirkungen des Klimawandels auf die internationale Sicherheit, die Risiken hätten Multiplikationswirkung. NATO-Generalsekretär **Jens Stoltenberg** erklärte, das Strategiekonzept der NATO gehe auf den Klimawandel als Sicherheitsproblem ein. Bei den Klimaverhandlungen im Dezember in Paris müssten gute Ergebnisse, die neue Verpflichtungen beinhalteten, erzielt werden. Die NATO könne viele Probleme, aber nicht alle lösen. Er warb für mehr finanzielle Unterstützung und einen Ausbau der Entwicklungshilfe, um Krisen im Vorfeld zu verhindern und Länder nach Krisen zu stabilisieren.

IV. Ansprache des Präsidenten der Youth Atlantic Treaty Association (YATA), Francisco Costa

Der YATA-Präsident bedankte sich für die Möglichkeit, zum dritten Mal an einer Tagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO teilnehmen zu können. Er bezeichnete die Zusammenarbeit zwischen der Versammlung und der Jugendorganisation als eine *win-win*-Situation, von der beide Seiten profitieren könnten. Die Perspektive von zivilgesellschaftlichen Kräften werde bis heute noch zu wenig in politische Entscheidungsstrukturen einbezogen, obwohl dies elementar sei für die Nachhaltigkeit der Akzeptanz von Entscheidungen politischer Organisationen. YATA, die seit 1996 eine internationale Plattform für junge Fachkräfte im Bereich Sicherheit und Verteidigung biete, sei heute in 36 Ländern vertreten und umfasse mehr als 10.000 Mitglieder. Seine Teilnahme an der Tagung symbolisiere die Einbeziehung der Zukunft in gegenwärtige Entscheidungsstrukturen.

V. Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten sowie des Schatzmeisters der Versammlung

Der amtierende Präsident, **Hon. Michael Turner** (Vereinigte Staaten), wurde durch die Versammlung per Akklamation wiedergewählt. Ebenso per Akklamation wurden die amtierenden Vizepräsidenten Abgeordneter **Paolo Alli** (Italien), Abgeordnete **Angelien Eijsink** (Niederlande), **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) und Abgeordnteer **Thomas Marino** (Vereinigte Staaten) wiedergewählt. Vizepräsident Abgeordneter **Gabriel Vlase** (Rumänien) stand für eine Wiederwahl nicht zur Verfügung. Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) wurde per Akklamation erneut zum Schatzmeister der Versammlung bestimmt.

VI. Bericht des Schatzmeisters der Versammlung Marc Angel (Luxemburg) und Abstimmung über den Haushaltsentwurf für das Jahr 2016

Schatzmeister Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) stellte den Haushaltsentwurf 2016 vor. Er berichtete, dank großzügiger Spenden des Schweizer Verteidigungsministeriums habe der Haushalt im fünften Jahr wiederholt keine Steigerung erfahren. Die Versammlung nahm den vorgelegten Haushaltsentwurf an.

VII. Auszeichnung der Gewinner des Essay-Wettbewerbs der 60. Frühjahrstagung

Präsident **Hon. Michael Turner** (Vereinigte Staaten) ehrte die Gewinner des Essay-Wettbewerbs **Ondrej Mikulasek** (Tschechische Republik), **Tim Schulze** (Deutschland), **Lukas Krisciunas** (Litauen), **Hugo van der Heijden** (Niederlande) und **Dr. Andreas Stradis** (Vereinigtes Königreich).

VIII. Vortrag von Jan Egeland, Generalsekretär des Norwegian Refugee Council

Der Generalsekretär des *Norwegian Refugee Council* (NRC) **Jan Egeland** legte dar, der Flüchtlingszustrom nach Europa werde auch in Zukunft nicht abreißen, sondern weiterhin dramatisch ansteigen, wenn es der Staatengemeinschaft nicht gelinge, ein Ende der Konflikte und Missstände in Syrien, Afghanistan, Irak und weiteren Flüchtlingsursprungsländern herbeizuführen. Frauen, Kinder und Jugendliche seien die Bevölkerungsgruppe, die am meisten darunter zu leiden hätte. Die Versorgung der 2015 in Europa angelangten 600.000 Flüchtlinge bereite mangels ausreichender finanzieller Ressourcen erhebliche Schwierigkeiten. Die Knappheit der Mittel und das sogenannte *funding gap* beruhten auf dem Umstand, dass die Summe der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel in den vergangenen Jahren nicht, die Anzahl der Flüchtlinge indes erheblich gewachsen sei. Als alarmierend empfinde er das enorme Missverhältnis der zur Kriegsführung und der zur Leistung humanitärer Hilfe verwendeten Finanzmittel. Anstelle von weiteren militärischen Eingriffen in den Konfliktländern hielt der Generalsekretär die Parlamentarier dazu an, die Lösung auf politischer Ebene zu suchen. Nur ein politischer Ansatz, in Kombination mit weiteren finanziellen Mitteln, sei zielführend.

In der Diskussion berieten die Delegierten über Möglichkeiten und Wege für eine schnelle Versorgung der Flüchtlinge in Europa. Einig waren sich die Delegierten, dass langfristig die Ursachen der Flüchtlingsbewegung

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

gelöst werden müssten. Die Abgeordnete **Beatriz Rodriguez-Salmones** (Spanien) schlug vor, die NATO mit in die Lösung einzubeziehen. Sie sei zwar keine humanitäre Organisation, verfüge aber über die besten Ressourcen in Bezug auf Organisation, Personal und Transportmittel. **Jan Egeland** hielt den Vorschlag nicht für umsetzbar. Er führte aus, der Einsatz von militärischem Personal in Krisengebieten fördere nicht die Akzeptanz der Hilfe. Zudem sei ein solches Vorgehen kostenintensiv.

Berlin, den 18. Oktober 2017

Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers, MdB
Leiter der Delegation

Minister Lorenz Caffier (Bundesrat)
Leiter der Delegation des Bundesrates

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
DCAF	Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte)
EU	Europäische Union
FATF	Financial Action Task Force (Arbeitsgruppe zur Geldwäschebekämpfung)
GOPAC	Global Organization for Parliamentarians against Corruption
IAEA	International Atomic Energy Agency (Internationale Atomenergie-Organisation)
IS	sogenannter Islamischer Staat
ISAF	International Security Assistance Force (Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe)
MENA	Middle East and North Africa (Naher Osten und Nordafrika)
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikvertrags-Organisation)
NATO PV	Parlamentarische Versammlung der NATO
NORDEFCO	Nordic Defence Cooperation
NRC	Norwegian Refugee Council
NRF	NATO Response Force (NATO-Reaktionskräfte)
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries (Organisation erdölexportierender Länder)
PRIO	Peace Research Institute Oslo
RAP	Readiness Action Plan (Aktionsplan zur Reaktionsfähigkeit)
RSM	Resolute Support Mission (ISAF-Folgemission zur Ausbildung und Beratung sowie Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte)
RUSI	Royal United Services Institute
SWIFT	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
VJTF	Very High Readiness Joint Task Force (NATO-Reaktionskräfte höchster Bereitschaft)
VN	Vereinte Nationen
YATA	Youth Atlantic Treaty Association

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Anhang

E n t s c h l i e ß u n g 420

betreffend

DIE BEKÄMPFUNG DER SICH ENTWICKELNDEN BEDROHUNG DURCH DEN TERRORISMUS[1]

Die Versammlung,

1. ***unter*** entschiedener ***Verurteilung*** der Terroranschläge vom 10. Oktober 2015 in Ankara und ***mit dem Ausdruck*** ihrer Solidarität mit dem türkischen Volk angesichts dieser Tragödie;

2. ***in tiefer Besorgnis*** darüber, dass die Bedrohung durch den Terrorismus sowie den Terrorismus, der in den Mitgliedstaaten selbst entsteht (*home-grown terrorism*), in den letzten Jahren im euroatlantischen Raum gestiegen ist, wie die Terrorangriffe unter anderem in Brüssel, Ottawa, Paris, Kopenhagen und Saint-Quentin-Fallavier belegen;

3. ***höchst beunruhigt*** über die Ausbreitung gewalttätiger extremistischer Gruppen in der Region des Nahen Ostens und Nordafrikas (MENA-Region) und darüber hinaus sowie die extreme Brutalität und den exzessiven, systematischen Missbrauch der Menschenrechte durch diese Gruppen und insbesondere den so genannten "Islamischen Staat" (IS) und die Gruppen, die sich auf ihn berufen;

4. ***zur Kenntnis nehmend***, dass diese Gruppen nach wie vor die Sicherheit der Nachbarstaaten bedrohen, darunter auch von Mitgliedern der europäisch-atlantischen Staatengemeinschaft, was in erster Linie auf das Phänomen der so genannten "ausländischen Kämpfer" und die Nutzung von Online-Kommunikationsplattformen zur Förderung von Gewalt und extremistischen Ideen zurückzuführen ist;

5. ***beunruhigt*** über die Zunahme von Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie und weiteren religiösen Vorurteilen;

6. ***in Würdigung*** der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um die Bekämpfung der sich weiter entwickelnden terroristischen Bedrohung, darunter die Annahme der Resolution 2178 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zur Eindämmung des Zustroms an ausländischen terroristischen Kämpfern, die neu aufgelegte Initiative zur Schaffung EU-weiter Mechanismen zur Verhütung von Terrorismus, die Maßnahmen der NATO zur Schärfung des Bewusstseins über die Bedrohung und Verbesserung der Bereitschaft der Verbündeten sowie eine Reihe wichtiger Maßnahmen, die im euro-atlantischen Gebiet auf nationaler Ebene getroffen wurden, um die nationalen Terrorismusbekämpfungsfähigkeiten zu erweitern, den Informationsaustausch mit den jeweiligen Partnern zu verbessern und den Ländern der MENA-Region Ausbildungshilfen, technische Unterstützung und gegebenenfalls gezielte militärische Maßnahmen gegen gewalttätige extremistische Gruppen zur Verfügung zu stellen;

7. ***unter Hervorhebung*** der Tatsache, dass die Strafverfolgungsmaßnahmen allein nicht ausreichen und durch Programme ergänzt werden müssen, die sich schwerpunktmäßig auf die Verhütung von Radikalisierung und die Deradikalisierung richten;

8. ***unter Hervorhebung*** der Notwendigkeit, dafür zu sorgen, dass zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen nicht die Werte der Freiheit, Demokratie und Menschenrechte beeinträchtigen, die das Nordatlantikbündnis untermauern;

[1] Vom Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, 12. Oktober 2015, in Stavanger (Norwegen) verabschiedete Entschließung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

9. ***in der Erwägung***, dass die internationale Entwicklungsunterstützung in den Ländern eine positive Rolle spielt, in denen soziale und wirtschaftliche Probleme sowie die Unfähigkeit lokaler Verwaltungsbehörden, Korruption und die fehlende Achtung der Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit ein günstiger Nährboden für die Ausbreitung des Terrorismus insbesondere im nördlichen Afrika und in der Region südlich der Sahara sind;

10. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. auch in Zukunft den Beitrag der NATO zur Terrorismusbekämpfung zu stärken und zu diesem Zweck ihre Rolle als Plattform für den Austausch einschlägiger Informationen und bewährter Verfahren unter den Verbündeten und Partnern sowie für die gemeinsame Entwicklung technologischer Lösungen zur Terrorismusbekämpfung auszubauen;

b. die Rolle der EU bei der Terrorismusbekämpfung zu unterstützen, insbesondere durch die Förderung von Initiativen wie den Aufbau des Europäischen Fluggastdatensatzes, die Einführung einer Schwarzen Liste der mutmaßlichen Terroristen in der EU, die Etablierung eines System zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus, die Stärkung von Frontex und Europol, die Annahme des Pakets zu intelligenten Grenzkontrollsystemen (*Smart Borders*), die Entwicklung einer europäischen Plattform für die verbesserte Überwachung der Aktivitäten von Extremisten im Internet und die Einsetzung eines europäischen Gerichts, das sich auf Straftaten im Bereich des Terrorismus spezialisiert;

c. gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft und insbesondere den EU- und NATO-Mitgliedstaaten die Maßnahmen zur Unterstützung der internationalen Entwicklung und Kapazitätsaufbauprogramme zu verbessern und dabei die Länder vorrangig zu unterstützen, in soziale, wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten den Terrorismus begünstigen und seinen Einfluss verstärken;

d. die Resolution 2178 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über ausländische terroristische Kämpfer konsequent umzusetzen und allgemeine globale Terrorbekämpfungsinitiativen wie die Weltweite Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus von 2006 und das Globale Forum Terrorismusbekämpfung von 2011 zu unterstützen;

e. die Informationsaustauschmechanismen für nachrichtendienstliche Erkenntnisse unter den Verbündeten zu verbessern und zu erweitern und die horizontale Zusammenarbeit nachgeordneter Strafverfolgungsbehörden zu fördern;

f. in angemessener Weise Investitionen in die Erforschung und Analyse des Phänomens des so genannten "home-grown terrorism" zu tätigen;

g. für die Umsetzung der 40 Empfehlungen der G7-Arbeitsgruppe zur Geldwäschebekämpfung zu sorgen, deren Zweck die Festlegung von Standards für die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und die Unterstützung von Ländern ist, die diese Standards noch nicht erfüllen;

h. dafür zu sorgen, dass die Strafverfolgungsbehörden über ausreichende Mittel und ausreichendes Personal verfügen und in technologische Lösungen zur Terrorismusbekämpfung zu investieren, darunter auch Lösungen, die die Sicherheit im Schienenverkehr verbessern;

i. die Erweiterung der nationalen und subnationalen Programme zur Bekämpfung der Radikalisierung zu prüfen und sich über bewährte Verfahren in diesem Bereich auszutauschen;

j. den Einfluss extremistischer Ideologien zurückzudrängen und Diskurse zu fördern, die dem Extremismus entgegentreten, und dazu die Aktivitäten von Hasspredigern einzuschränken, friedliche und religiöse religiöse Vorbilder zu unterstützen und die Einbeziehung von einflussreichen Persönlichkeiten wie Musikern, Sportlern oder Bloggern zu fördern, die sich an die jüngere Generation wenden können;

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

k. rechtliche, parlamentarische und zivile Kontrollmechanismen in Bezug auf die Nutzung von Überwachungs- und Strafverfolgungsbehörden zu verstärken und sich über bewährte Verfahren und Erfahrungen in diesem Bereich auszutauschen;

l. kleinere europäische Verbündete sowie die Partner in Europa, Asien und Afrika stärker zu unterstützen, darunter vor allem die Partner, in denen es eine hohe Anzahl von aus Konfliktgebieten zurückgekehrten Kämpfern gibt, sowie bei der Bekämpfung terroristischer Bedrohungen durch Verstärkung der vorhandenen nationalen Fähigkeiten im Bereich der Nachrichtendienste, Strafverfolgungsbehörden und Streitkräfte in diesen Ländern.

E n t s c h l i e ß u n g 421

betreffend

DIE BEKÄMPFUNG DER PROPAGANDA- UND DESINFORMATIONSKAMPAGNEN RUSSLANDS[2]

Die Versammlung,

1. ***besorgt*** über die Intensität der russischen Propaganda- und Desinformationspolitik gegenüber der eigenen Bevölkerung, der Nachbarschaft und darüber hinaus, bei der man sich verschiedener lokaler Medien zwecks Verbreitung von antiwestlichen Gefühlen, Hassreden, Homophobie und Fremdenfeindlichkeit bedient mit dem Ziel, die euroatlantische Solidarität zu schwächen, aggressive Handlungen gegenüber Nachbarn zu rechtfertigen und deren euroatlantische Integration zu torpedieren sowie die Popularität des Putin-Regimes zu steigern;

2. ***unter Missbilligung*** des Missbrauchs des offenen und pluralistischen Charakters der Medienlandschaft der freien Welt durch Russland, während die eigene Medienlandschaft Russlands nach wie vor unter der strengen Kontrolle der Regierung steht;

3. ***in dem Bewusstsein***, dass das politische Arsenal Russlands zur Beeinflussung und Manipulation der Meinung im Ausland unter anderem die Erzeugung von Verwirrung im Cyberspace durch die Verbreitung von nicht verifizierten Informationen und Verschwörungstheorien, die Verbreitung völlig frei erfundener Berichte, die Nutzung von so genannten "Internet-Trolls", die Unterwanderung von Expertengremien und nichtstaatlichen Organisationen sowie der aus "Landsleuten" bestehenden Gemeinschaften, die Förderung einer verzerrten Darstellung der Geschichte und die Stärkung des Einflusses Russlands bei ausländischen Medien beinhaltet;

4. ***in der Überzeugung***, dass die russischen Propagandakampagnen eine unmittelbare und langfristige Herausforderung darstellen, die eine aktive Reaktion von Seiten der Verbündeten erfordert, was die Förderung deutlicher Gegendarstellungen beinhaltet;

5. ***unter Hervorhebung*** der Tatsache, dass diese Reaktion keine Gegenpropaganda beinhalten und den Werten der Demokratie, Menschenrechte und Medienfreiheit stets Rechnung tragen sollte;

6. ***unter Würdigung*** der Bemühungen der NATO und der Europäischen Union, diese Herausforderung zu meistern, dies gilt insbesondere für die Arbeit der Abteilung "Public Diplomacy" der NATO und ihre verstärkte Unterstützung gegenüber der Ukraine, die Einweihung des Strategic Communications Centre of Excellence der NATO in Riga, die Erarbeitung des EU-Aktionsplans über strategische Kommunikation sowie die nationalen Maßnahmen der NATO- und EU-Mitgliedstaaten und der osteuropäischen Partner;

[2] Vom Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, 12. Oktober 2015, in Stavanger (Norwegen) verabschiedete Entschließung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

7. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. die jeweils zuständigen Gremien in der NATO und der EU weiter zu stärken, um sie besser in die Lage zu versetzen, rasch auf die eklatantesten Fälle von Desinformation zu reagieren, was auch die Revision der Politik in Bezug auf nachrichtendienstliche Verschlusssachen wie Satellitenbilder beinhaltet, um den Mitarbeitern der Abteilung "Public Diplomacy" die Möglichkeit der Nutzung weniger sensibler Daten zu geben;

b. die Entwicklung einer kohärenten Argumentationskette zu fördern, die die von Moskau kultivierten Mythen entkräftet;

c. Plattformen für den Austausch über bewährte nationale Verfahren unter der europäisch-atlantischen Staatengemeinschaft und die Kennzeichnung möglicher Bedrohungen für die Informationssicherheit einzurichten;

d. die Gesetze zur Stärkung rechtlicher Gegenmaßnahmen wie die Verhängung von Geldstrafen für Hassreden und eindeutige Falschinformationen zu überprüfen;

e. die weltweit führenden Medien aufzufordern, hohe journalistischer Standards zu entwickeln, und unabhängige weltweite Aufsichtsbehörden aufzufordern, die Einhaltung dieser Standards zu überwachen;

f. internationale und nationale Medieninitiativen in russischer Sprache zu unterstützen, darunter auch die Gründung eines gemeinsam finanzierten engagierten und dynamischen russischsprachigen Fernsehkanals;

g. einschlägige Gesetze mit der Maßgabe zu überprüfen, für mehr Transparenz in Bezug auf die Finanzierung von Medien, nichtstaatlichen Organisationen und Denkfabriken zu sorgen;

h. weiterhin individuelle Reisebeschränkungen gegen die aktivsten Propagandisten zu verhängen;

i. innovative und kostengünstige Maßnahmen wie die verstärkte Nutzung von Humor und Satire zu fördern;

j. in Forschungs- und Entwicklungsprojekte zu investieren, mit deren Hilfe inszenierte "Troll"-Angriffe erkannt und gemeldet werden und entsprechende Gegenmaßnahmen durchgeführt werden können;

k. die Unterstützung beim Kapazitätenaufbau gegenüber den Partnerländern einschließlich Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine im Beriech der strategischen Kommunikation zu erweitern;

l. die Arbeit anerkannter Historiker zu unterstützen, die in glaubwürdiger Weise auf von Moskau propagierte pseudowissenschaftliche Theorien reagieren können;

m. Basisinitiativen von Bürgern zu unterstützen, die Desinformation entlarven.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

E n t s c h l i e ß u n g 422

betreffend

DIE SOLIDARITÄT MIT DER UKRAINE[3]

Die Versammlung,

1. ***unter Bekräftigung*** ihrer entschiedenen Unterstützung für die Regierung und das Volk der Ukraine in ihrem Kampf um Unabhängigkeit und territoriale Integrität und in ihrem Streben nach europäischer und euroatlantischer Integration;

2. ***unter entschiedener Verurteilung*** der widerrechtlichen Annexion der Krim durch die Russische Föderatoin und die fortwährende militärische Aggression Russlands im Osten der Ukraine sowie der Inhaftierung von Nadija Sawtschenko, Oleg Sentzow und weiterer Ukrainer seit Beginn des Konflikts unter eklatantem Verstoß gegen die internationalen Pflichten und Verpflichtungen Russlands nach den Vereinbarungen von Minks;

3. ***äußerst beunruhigt*** über die Missachtung der Menschenrechte durch Russland in den widerrechtlich besetzten Gebieten der Ukraine, darunter die gravierende Unterdrückung der Tatarengemeinschaft auf der Krim;

4. ***unter Begrüßung*** der Verfassungsänderungen in der Ukraine, durch die mehr Machtbefugnisse an die kommunalen Gebietskörperschaften delegiert werden sollen als Zeichen für die Entschlossenheit der Ukraine, eine inklusive Gesellschaft aufzubauen;

5. ***zutiefst bedauernd***, dass die von Russland unterstützten separatistischen Kräfte im Osten der Ukraine die Durchführung von Wahlen in den kommunalen Gebietskörperschaften in den von ihnen kontrollierten Gebieten unter Verstoß gegen die Vereinbarungen von Minsk verhindern, und Russland ***auffordernd***, sich bei der Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses bezüglich der Modalitäten und Zeiträume für die Durchführung von Kommunalwahlen in bestimmten Gebieten der Regionen Lugansk und Donezk kooperativ zu zeigen;

6. ***unter Missbilligung*** der Entscheidung Russlands, gegen die Pläne zur Einsetzung eines internationalen Tribunals zur Untersuchung des Abschusses von Flug MH17 der Malaysian Airlines ein Veto einzulegen;

7. ***unter Hervorhebung*** der Notwendigkeit, den Konflikt mit Russland mithilfe diplomatischer Bemühungen zu lösen, und ***unter Begrüßung*** des jüngsten Waffenstillstands als wichtigen Schritt unter gleichzeitiger ***Anerkennung*** der Tatsache, dass diese Maßnahmen die territoriale Integrität der Ukraine oder das unveräußerliche Recht der Ukraine, ihren Platz in der europäischen und euroatlantischen Ordnung selbst zu bestimmen, nicht beeinträchtigen sollten;

8. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. die Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine zu diesem kritischen Zeitpunkt zu verstärken und dazu die diplomatische, politische, finanzielle, wirtschaftliche und materielle Hilfe und die Hilfe von Experten sowohl bilateral als auch über Organe wie die NATO, die Europäische Union und die Parlamentarische Versammlung der NATO auszubauen;

[3] Vom Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, 12. Oktober 2015, in Stavanger (Norwegen) verabschiedete Entschließung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

b. den politischen und diplomatischen Druck auf Russland solange aufrechtzuerhalten, bis Moskau seine Verpflichtungen nach den Vereinbarungen von Minsk in vollem Umfang erfüllt, überzeugend darlegt, dass es willens ist, sich an die Bestimmungen des Völkerrechts zu halten, und die Besetzung der ukrainischen Hoheitsgebiete einschließlich der Krim beendet;

c. Russland und die separatistischen Kräfte nachdrücklich zu drängen, alle Beschränkungen für die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine aufzuheben und ihr Zugang zu allen Gebieten im Osten der Ukraine zu gewähren, darunter auch den Grenzgebieten zu Russland, und ihr zu ermöglichen, alle relevanten Beobachtungen zu melden;

d. direkte Gespräche zwischen den Vertretern Russlands und der Ukraine unter Beteiligung internationaler Vermittler zu fördern und zu unterstützen, um eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen;

9. **FORDERT** die demokratisch gewählten Politiker der Ukraine **AUF**, auch in Zukunft das notwendige Augenmaß und die notwendige Entschlossenheit für den Aufbau einer inklusiven und toleranten Gesellschaft zu zeigen und die höchstmöglichen Standards in Bezug auf die politische, wirtschaftliche und justizielle Steuerung des Landes anzuwenden und insbesondere das Problem der Korruption entschieden zu bekämpfen.

E n t s c h l i e ß u n g 423

betreffend

DIE LAUFENDE UNTERSTÜTZUNG DER INITIATIVEN DES GIPFELS VON WALES[4]

Die Vereinigung,

1. ***in Anerkennung*** des veränderten Sicherheitsumfelds an den östlichen und südlichen Grenzen der NATO, das entschlossene und umfassende Reaktionen von Seiten aller Verbündeten erfordert;

2. ***bestürzt*** über die Annexion der Krim durch Russland und die fortwährende militärische Einmischung Russlands in der Ukraine sowie die Besetzung des georgischen Gebiets Abchasien und der georgischen Region Askinvali (Südossetien) und ***beunruhigt*** über die bisher aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Bestimmungen des Minsk-II-Abkommens und der von der EU vermittelten Waffenstillstandsvereinbarung zwischen Russland und Georgien vom 12. August 2008;

3. die Fortschritte beim Gipfel des 'Normandie-Formats' in Paris am 2. Oktober 2015, dessen Ziel die Konsolidierung des Waffenstillstands und Umsetzung des politischen Teils der Vereinbarungen von Minsk anhand eines geeigneten Zeitplans dementsprechend ***unterstützend***;

4. ***nach wie vor*** geschlossen und wachsam den laufenden Versuchen Russlands ***gegenüberstehend***, mithilfe hybrider Taktiken die östlichen Regionen des Bündnisses zu destabilisieren;

5. ***beunruhigt*** über die zunehmende Instabilität und die Ausbreitung mächtiger, zerstörerischer nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen im gesamten Nahen Osten und Nordafrika (MENA), die zu Konflikten in nie dagewesenem Umfang, gescheiterten Staaten und Vertreibungen geführt hat;

6. ***besorgt*** über das Anwachsen der Migrationsströme aus der MENA-Region nach Europa, die alle Mitglied- und Partnerstaaten vor eine der größten Herausforderungen der letzten Jahrzehnte stellen;

[4] Vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, 12. Oktober 2015, in Stavanger (Norwegen) verabschiedete Entschließung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

7. ***in Anerkennung der Tatsache***, dass die Solidarität unter den Mitgliedern der euroatlantischen Gemeinschaft vor dem Hintergrund des neuen internationalen sicherheitspolitischen Umfelds heute wichtiger ist als je zuvor;

8. ***in Anerkennung*** des Aktionsplans zur Reaktionsfähigkeit (*Readiness Action Plan*, RAP) und des Bekenntnisses zu den Ausgaben für die Verteidigung, die im September 2014 beim Gipfel von Wales angekündigt wurden und notwendige Schlüsselinitiativen für das Bündnis zur Bewältigung dieser aktuellen und zukünftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen darstellen;

9. ***mit Lob*** für alle 28 Verbündeten für ihren Beitrag zu Maßnahmen zur Stärkung des Sicherheitsgefühls in Osteuropa, darunter die kontinuierliche Präsenz zu Land, zur See und in der Luft und weitere zielgerichtete militärische Aktivitäten, aber ***mit der Forderung***, sich stärker für die Bewältigung der aus der zunehmenden Instabilität an der Südflanke des Bündnisses resultierenden Herausforderungen einzusetzen;

10. ***ermutigt*** durch die Fortschritte, die im Hinblick auf den RAP durch die Stärkung der gemeinsamen Spezialkräftetruppe der NATO (NRF) und die schnelle Einsetzung, Ausbildung und Übungsbereitschaft der streitkräftegemeinsamen NRF-Einheit in höchster Bereitschaft (VJTF) als Mittel zur Erhöhung der Einsatzbereitschaft des Bündnisses erzielt wurden;

11. ***zur Kenntnis nehmend***, dass die effektive Umsetzung des RAP eine robuste, flexible und reaktionsschnelle NATO-Kommandostruktur mit stärker regional geprägtem Schwerpunkt und verbesserter Kenntnis des aktuellen Lagebilds erfordert;

12. ***unter Begrüßung*** der Einsetzung neuer multinationaler Führungsstrukturen, der NATO-Auffangstäbe, zur Unterstützung der kollektiven Verteidigungsplanung und der multinationalen Ausbildung und Durchführung von Übungen von NATO-Truppen in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien;

13. ***mit Billigung*** der erweiterten Übungsprogramme mit Verlagerung des Schwerpunkts auf die kollektive Verteidigung und die Einbeziehung hybrider Bedrohungen und komplexer zivil-militärischer Szenarien, aber mit Hinweis auf die Notwendigkeit, parallel dazu weiterhin Reaktionsfähigkeiten für Krisenhöhepunkte vorzuhalten;

14. ***unter Begrüßung*** des Beginns und der erfolgreichen Durchführung der Übung "Trident Juncture Exercise 2015", bei der Teile der NRF für rotierende Aufgaben qualifiziert und die Fähigkeiten der VJTF nachgewiesen wurden;

15. ***mit dem Ausdruck*** ihrer Dankbarkeit gegenüber Deutschland, den Niederlanden und Norwegen für die Leitung der Ausbildung und Durchführung der Übungen der Interim-VJTF sowie ihrer Dankbarkeit gegenüber Spanien, dem Vereinigten Königreich, Italien, Polen, der Türkei und Frankreich für ihre Zustimmung, in den nächsten Jahren als rahmengebende Staaten für die VJTF zu fungieren;

16. ***unter Begrüßung*** der Maßnahmen der Vereinigten Staaten zur Unterstützung des RAP über die "European Reassurance Initiative" und weitere Transfers hochwertiger militärischer Güter;

17. ***in dem Bewusstsein***, dass die Fähigkeit der NATO zur raschen Stärkung der Verteidigung der Gastgeberländer entlang der Ostflanke unter anderem von der Vorbereitung der Infrastruktur, Vorauslagerung von Ausrüstung und Nachschub und Festlegung bestimmter Stützpunkte zur Nutzung abhängt, und ***mit der nachdrücklichen Forderung***, diese Aktivitäten voranzutreiben;

18. ***unter Hervorhebung der Tatsache***, dass es für die NATO wichtig ist, die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union auf der Grundlage der Komplementarität ihrer jeweiligen Fähigkeiten zu verstärken;

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

19. darüber hinaus ***herausstellend***, dass es wichtig ist, dass die NATO die Koordinierung mit weiteren regionalen Institutionen verbessert;

20. ***im Vertrauen darauf***, dass die Umsetzung des RAP erfolgreich verlaufen wird, was symptomatisch für das Dispositiv des Bündnisses nach dem Gipfel von Wales ist;

21. ***zur Kenntnis nehmend***, dass die aktuellen Sicherheitsbedrohungen an der östlichen und südlichen Flanke des Bündnisses von hybridem und vielfältigem Charakter sind und die NATO-Mitglieder deshalb in ihre nationalen Fähigkeiten investieren und ihre Kenntnisse über das aktuelle Lagebild sowie ihre Mobilität und Reaktionszeit verbessern müssen;

22. ***in dem Bewusstsein***, dass die NRF nur einen kleinen Teil der gesamten nationalen Streitkräfte bilden, die im Notfall von der NATO angefordert werden können, und dass die Verbündeten ihre Streitkräfte in angemessenem Umfang in Bereitschaft halten müssen, um die gesamte Bandbreite der NATO-Missionen durchzuführen;

23. ***unter Hervorhebung*** des auf dem Gipfel von Wales abgegebenen Bekenntnisses zu den Ausgaben für die Verteidigung und die NATO-Mitglieder an dieses Bekenntnis ***erinnernd*** und ***in dem Bewusstsein***, dass die Abschreckungsmaßnahmen und die Maßnahmen zur Stärkung des Sicherheitsgefühls aktuell und zukünftig hohe Kosten mit sich bringen;

24. ***in Würdigung*** der Bemühungen der europäischen Verbündeten, zur Bereitstellung von Verteidigungsfähigkeiten insbesondere über das Rahmennationenkonzept der NATO und den Start dreier multinationaler europäischer Projekte auf dem Gipfel von Wales beizutragen;

25. ***unter Hervorhebung der Tatsache***, dass eine gut aufgestellte europäische Verteidigungsindustrie nicht nur entscheidend für die Entwicklung und Beibehaltung bündnisweiter Fähigkeiten, sondern auch für die Bekämpfung des immer größer werdenden Problems der transatlantischen und innereuropäischen Lastenverteilung ist;

26. ***in Anerkennung*** der Bedeutung der Politik der offenen Tür des Bündnisses für das Bündnis selbst und für die Partnerstaaten und Beitrittskandidaten, die sich dem Bündnis auf der Grundlage ihres Willens und ihrer Bereitschaft anschließen wollen;

27. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. sich für die Umkehr des Trends zur Kürzung von Verteidigungshaushalten einzusetzen und das Bündnis aufzufordern, sich in Richtung der NATO-Leitlinien zu bewegen, die Ausgaben in Höhe von 2 % des BIP für die nationale Verteidigung empfehlen, und mindestens 20 % ihrer Ausgaben für die Beschaffung neuer Ausrüstungsgegenstände zuzuweisen;

b. den politischen Willen und die Voraussicht zu zeigen, in ihre derzeitigen und zukünftigen Verteidigungskräfte zu investieren und auf diese Weise ihre Beiträge zu den Verteidigungsfähigkeiten und zur Einsatzbereitschaft der NATO zu stärken;

c. zu versuchen, eine Grundlage für den Rahmen für die Nutzung der Elemente des RAP in Situationen nach Artikel 5 zu finden, insbesondere in Bezug auf die Befugnis zur Alarmierung und Einsetzung von NATO-Streitkräften;

d. gemeinsam die rasche Verlagerung von Ausrüstung durch die Hoheitsgebiete der europäischen Mitgliedstaaten bei Eventualfalloperationen zu unterstützen;

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

e. die für die Dislozierung von Streitkräften von Seiten der einzelnen Mitgliedstaaten notwendigen Prozesse einzuplanen und zu verstehen;

f. die Diskussion über den Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse mit den zivilen und militärischen Führungsverantwortlichen der NATO als Mittel zur Verbesserung der Kenntnisse des aktuellen Lagebilds im gesamten Bündnis erneut zu führen;

g. die Öffentlichkeitswirksamkeit und Aufklärungsmaßnahmen zu verstärken, um die Kenntnisse und Belastbarkeit der jeweiligen inländischen Bevölkerung als Mittel zur Abwehr der subversiven Taktiken der hybriden Kriegführung aufzubauen bzw. zu erweitern;

h. die Verpflichtung zu bekräftigen, die Kosten und Verantwortlichkeiten des Bündnisses gemeinsam zu tragen und auf diese Weise das grundsätzliche und essenzielle transatlantische und intereuropäische Vertrauensverhältnis zu stärken;

i. die Umsetzung des Substanziellen NATO-Georgien-Paket, das Georgien bei der Erzielung von Fortschritten bei seinen Vorbereitungen auf die Mitgliedschaft im Bündnis hilft, weiterhin zu unterstützen und weitere Beiträge zu dessen Umsetzung zu leisten und gleichzeitig die Fortschritte bezüglich des Pakets zu begrüßen, insbesondere die Durchführung der ersten Übung zwischen der NATO und Georgien und der Einweihung des Gemeinsamen Ausbildungs- und Evaluierungszentrums (JTEC) in Georgien;

j. die Partnerstaaten zu unterstützen, die Flüchtlinge aus der MENA-Region aufnehmen;

k. nationale Fähigkeiten für die Cyber-Abwehr zu entwickeln und auch zukünftig Strategien zur Kooperation bei der Cyber-Abwehr unter den Bündnispartnern und mit den jeweiligen Partnernationen und -organisationen zu erarbeiten und zu verbessern.

E n t s c h l i e ß u n g 424

betreffend

WIRTSCHAFTSSANKTIONEN GEGEN RUSSLAND[5]

Die Vereinigung,

1. ***in Anerkennung*** der Tatsache, dass die widerrechtliche Annexion der Krim durch Russland, die fortwährende militärische Aggression im Osten der Ukraine sowie weitere Maßnahmen zur Destabilisierung der Ukraine Russlands aggressiver Haltung gegenüber seinen Nachbarn entspricht - was auch die Besetzung der georgischen Regionen Abchasien und Zchinwali (Südossetien) beinhaltet -, die Sicherheit Europas bedroht und einen gravierenden Verstoß gegen das Völkerrecht sowie die Charta der Vereinten Nationen und das Budapester Memorandum über Sicherheitszusagen darstellt;

2. ***im Hinblick auf*** die widerrechtliche Aggression und Unterstützung bewaffneter Kräfte in bestimmten Gebieten der Regionen Donezk und Lugansk in der Ukraine;

3. ***mit dem Ausdruck*** der Solidarität gegenüber der Ukraine und der Entschlossenheit, dem Land in dieser schwierigen Zeit zur Seite zu stehen;

5 Vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, 12. Oktober 2015, in Stavanger (Norwegen) verabschiedete Entschließung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

4. ***zur Kenntnis nehmend***, dass die Sanktionen des Westens gegenüber Russland eine maßvolle Reaktion auf die Überschreitung der Bestimmungen des Völkerrechts darstellen und ein wichtiges Signal senden, dass es kein "Weiter so" geben kann, solange Russland seine aktuelle politische Linie nicht ändert;

5. ***in Bekräftigung*** dessen, dass diese Sanktionen die Ablehnung der Handlungen Russlands zum Ausdruck bringen und signalisieren sollen, dass Russland für seine Ukrainepolitik vor dem Hintergrund des Ziels der vollständigen Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk einen hohen Preis zahlen muss, und Russland gedrängt werden soll, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um die aktuellen Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Ukraine beizulegen und die Verstöße gegen grundlegende internationale Normen und Grundsätze zu beenden;

6. ***unter Begrüßung*** der Entscheidung des Europäischen Rates, die Sanktionen gegenüber Russland auszuweiten und die Maßnahmen zu intensivieren, die im Zusammenhang mit dem Umgang mit der Krim und Sewastopol stehen, die von Russland widerrechtlich besetzt wurden;

7. ***in Anerkennung*** der Tatsache, dass sich Russland zurzeit mit einer Reihe wirtschaftlicher Schwierigkeiten konfrontiert sieht, die mit dem Rückgang der Energiepreise, der übermäßigen Abhängigkeit von Energieexporten, selbst auferlegten Handelsbeschränkungen mit den Ländern des Westens und Kapitalflucht aufgrund der sich verschärfenden Staatsführungs- und Korruptionsprobleme zusammenhängen;

8. ***in Anerkennung*** der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten, Kanada und die Europäische Union bereit sind, gegebenenfalls weitere Maßnahmen zu ergreifen;

9. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. das derzeitige Sanktionsregime gegenüber Russland in Bezug auf die Lage im Osten der Ukraine bis zur vollständigen Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk beizubehalten und die Sanktionen in Bezug auf die Krim bzw. Sewastopol aufrechtzuerhalten, solange die Annexion fortbesteht;

b. sich darauf einzustellen, diese Sanktionen zu verschärfen, wenn Russland seinen Verpflichtungen nach den Vereinbarungen von Minsk nicht nachkommt;

c. die demokratisch gewählte Regierung der Ukraine, die unter enormem Druck von Seiten Russlands steht, umfassend zu unterstützen;

d. politische und wirtschaftliche Solidarität gegenüber den Ländern, die unter den Gegensanktionen Russlands leiden, und den Nichtmitgliedern der NATO zu zeigen, deren wirtschaftliche und politische Freiheit zurzeit durch Russland bedroht ist;

e. Russlands äußerst irreführenden Darstellungen über die Ursache dieses Konflikts entgegenzutreten;

f. Russland den politischen Einfluss zu verwehren, den es über den Kontinent ausüben will, und zu diesem Zweck die Energieversorgungsgrundlagen Europas zu diversifizieren und dadurch die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas zu verringern;

g. die Kommunikationskanäle mit dem Kreml aufrechtzuerhalten und sich für die Lösung dieser gravierenden Spannungen auf diplomatischem Wege einzusetzen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

E n t s c h l i e ß u n g 425

betreffend

EINE SOFORTIGE, UMFASSENDE UND GESCHLOSSENE REAKTION AUF DIE KRISEN IM NAHEN OSTEN UND IN NORDAFRIKA (MENA)[6]

Die Versammlung,

1. ***in großer Sorge*** über die fortdauernden Konflikte in Syrien und im Irak, die eine verheerende humanitäre Krise mit gravierenden Folgen für die regionale und globale Sicherheit ausgelöst haben;

2. ***bestürzt*** über die brutale und wahllose Anwendung von Gewalt sowie die krassen, systematischen und umfassenden Menschenrechtsverletzungen von Seiten des Regimes von Baschar al-Assad sowie des so genannten "Islamischen Staates" und weiterer Konfliktparteien in Syrien und im Irak;

3. ***unter Verurteilung*** der Zestörung der Kulturstätten durch den IS, die als historische und architektonische Schätze betrachtet werden;

4. ***in Würdigung*** der Türkei, Jordaniens, des Libanon und der Regionalregierung Kurdistans (KRG) für die Unterbringung der überwiegenden Mehrheit der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen;

5. ***in Anerkennung*** der Tatsache, dass viele europäische Länder sich ebenfalls einem wachsenden Zustrom von Flüchtlingen aus der MENA-Region gegenübersehen;

6. ***zur Kenntnis nehmend***, dass die Zahl der zurückkehrenden ausländischen Kämpfer eine zentrale sicherheitspolitische Herausforderung für die Länder der MENA-Region, aber auch für andere Länder der Welt darstellt;

7. ***beunruhigt*** darüber, dass sich die Ausbreitung des IS in Syrien und im Irak negativ auf die Stabilität der MENA-Region auswirkt, was insbesondere für Libyen gilt, das Gefahr läuft, weiter in Anarchie und Chaos zu versinken, wenn nicht umgehend die Regierung der Nationalen Einheit gebildet wird, und ***äußerst beunruhigt*** über die Sicherheitslage im Jemen, das aufgrund eines seit vielen Jahren nicht mehr funktionierenden Staatswesens und innenpolitischer Konflikte nachweislich eine Zufluchtsstätte für terroristische Orgasisationenen geworden ist;

8. ***in der Überzeugung***, dass die langfristige Beilegung dieser Krisen inklusive politische Lösungen erfordert, die von allen betroffenen internationalen Akteuren getragen werden, der militärische Druck gegenüber dem IS und anderen extremistischen Gruppen aber zwischenzeitlich aufrechterhalten werden muss;

9. ***besorgt*** darüber, dass die humanitäre Krise in der MENA-Region aufgrund der Tatsache, dass es keine solche langfristige Lösung gibt, sich weiter verschärft und sich dadurch die Sicherheitslage verschlechtern und die Zahl der Flüchtlinge weiter steigen wird;

10. ***unter Bekräftigung*** der Tatsache, dass die Bekämpfung der Bedingungen, die die Verbreitung des IS ermöglichen und unterstützen, eine strategische Priorität darstellt, die die Länder der MENA-Region zwingt, inklusive politische Maßnahmen zu verfolgen und gemeinsam gegen die Ausbreitung extremistischer Ideologien vorzugehen;

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

[6] Vom Politischen Ausschuss vorgelegte und vom Plenum am Montag, 12. Oktober 2015, in Stavanger (Norwegen) verabschiedete Entschließung.

11. ***besorgt*** darüber, dass die russische Militärintervention und die Unterstützung des Assad-Regimes durch Russland den Krieg eskaliert und die Herbeiführung einer Lösung in Syrien weiter erschwert, und ***besorgt*** über die Verletzung des türkischen Luftraums durch Russland und die Tatsache, dass Russland seine Maßnahmen nicht mit der internationalen Koalition zur Bekämpfung des IS abstimmt;

12. ***unter Begrüßung*** des erfolgreichen Abschlusses der Verhandlungen über das Atomprogramm des Iran;

13. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses, die Europäische Union, die internationale Gemeinschaft und die Regierungen der Länder in der MENA-Region **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. die Maßnahmen der internationalen Koalition zur Neutralisierung der derzeit in Syrien und im Irak operierenden extremistischen Gruppen zu unterstützen;

b. sich verstärkt um die Herbeiführung eines umfassenden Waffenstillstands und die friedliche Beilegung des Konflikts in Syrien im Rahmen eines von Syrien geführten inklusiven politischen Prozesses zu bemühen und die diesbezüglichen laufenden diplomatischen Bemühungen, darunter auch die Bemühungen des Sondergesandten der Vereinten Nationen, zu unterstützen;

c. die Möglichkeit der Schaffung einer Flugverbotszone und von sicheren Zonen in Syrien zum Schutz der Gemeinschaften vor Ort und der Binnenvertriebenen zu prüfen.

d. die humanitäre Hilfe deutlich zu verstärken und die Gewährung von Asyl für Flüchtlinge und Binnenvertriebene, die vor den Kriegen in Syrien und im Irak fliehen, zu erleichtern;

e. die Partnerstaaten zu unterstützen, die Flüchtlingen Asyl gewähren, die vor den Kriegen in Syrien und im Irak fliehen;

f. bilateral und durch die NATO weitere Maßnahmen zur Unterstützung des Irak bei seinem Kampf gegen den IS und andere extremistische Gruppen zu prüfen;

g. die Regierung des Irak weiterhin nachdrücklich aufzufordern, eine aktive Politik der Inklusion und Versöhnung zu verfolgen, die alle religiösen und ethnischen Minderheiten des Landes einbezieht, und die Umsetzung dieser Politik zu überwachen;

h. sich für eine Einigung unter allen Parteien des Dialogs in Libyen über den vom Sondergesandten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Bernardino León, vorgelegten endgültigen Text einzusetzen und den Versöhnungs-, Rehabilitierungs- und Stabilisierungsprozess in Libyen zu unterstützen;

i. die Unterstützung für die internationalen Entwicklungs- und Kapazitätsaufbauprogramme in der MENA-Region zu verbessern;

j. einen umfassenden politischen Ansatz für die Kräfte zu entwickeln, die den IS bekämpfen, darunter die kurdischen Peschmerga (Irak), dessen Schwerpunkt auf der Beratungs-, Ausbildungs- und Unterstützungsmaßnahmen liegt;

14. **FORDERT** die NATO-Mitgliedstaaten **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. die materielle und logistische Unterstützung für die Nachbarländer, die Hunderttausende syrischer Flüchtlinge beherbergen, auszubauen, um ihre Fähigkeit zu verbessern, die durch die Krise in Syrien verursachten Flüchtlingsströme zu bewältigen;

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

b. die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen in logistischen und humanitären Angelegenheiten zu stärken, um die Bedingungen in den Flüchtlingslagern in den Nachbarländern zu verbessern;

15. **FORDERT** das syrische Regime **AUF**,

a. die Gewalt gegen das syrische Volk zu stoppen und die Grundsätze des humanitären Rechts strikt einzuhalten und insbesondere die Resolutionen 2139 und 2165 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen umzusetzen, um den Zugang zu und die Bereitstellung von humanitärer Hilfe zu garantieren;
b. einen konstruktiven Dialog mit allen verhandlungsbereiten Akteuren der syrischen Opposition mit dem Ziel der Herbeiführung eines tragfähigen politischen Kompromisses aufzunehmen;

16. **FORDERT** die Regierung der Russischen Föderation **AUF**, ihre Angriffe auf die syrische Opposition und Zivilisten unverzüglich zu stoppen und den Schwerpunkt auf die Bekämpfung des IS zu legen, ihre Maßnahmen mit denen der internationalen Koalition zur Bekämpfung des IS abzustimmen und eine Lösung des Konflikts mithilfe eines politischen Übergangs zu fördern;

17. **FORDERT** die Regierung und das Parlament des Irak und alle relevanten Parteien des Landes **AUF**, die jüngsten positiven Maßnahmen zur Förderung der Versöhnung zwischen den Bevölkerungsgruppen und Konfessionen zu nutzen und enger zusammenzuarbeiten, um den IS und andere extremistische Gruppen zu besiegen und die Menschenrechtsverletzungen zu stoppen;

18. **FORDERT** alle Parteien des libyschen Dialogs **AUF**, einer raschen und abschließenden Annahme des endgültigen Textes einer politischen Vereinbarung zwecks Beendigung der gewalttätigen Auseinandersetzungen zugunsten aller Libyer wie vom Sondergesandten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Bernardino León, vorgelegt zuzustimmen, damit die neue Regierung der Nationalen Einheit unverzüglich gebildet werden kann;

19. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der MENA-Region **AUF**,

a. die internationalen Maßnahmen zur Bekämpfung des IS und weiterer gewalttätiger extremistischer Organisationen in vollem Umfang zu unterstützen, den Zustrom an ausländischen Kämpfern in die Region zu stoppen und gegen die Ausbreitung von extremistischen Ideologien und Terrorismus vorzugehen;

b. ihren Einfluss geltend zu machen, um politische Lösungen für die Konflikte in der Region zu unterstützen und nichts zu unternehmen, was die Spannungen erhöhen und die Lage verschärfen könnte;

c. die kriegführenden Parteien im Jemen gemeinsam an einen Tisch zu bringen, um die vollständige Umsetzung der Resolution 2216 (2015) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu gewährleisten und sie bei der Einigung auf eine politische Lösung zu unterstützen, die dauerhaften Frieden herbeiführt.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

E n t s c h l i e ß u n g 426

betreffend

DIE ERHÖHUNG VON SICHERHEIT UND STABILITÄT MITHILFE DER POLITIK DER OFFENEN TÜR UND DER PARTNERSCHAFTSPOLITIK DER NATO[7]

Die Versammlung,

in Erinnerung an den 20. Jahrestag des Dayton-Friedensabkommens, mit dem der Krieg in Bosnien und Herzegowina beendet und einer neuen Ära der Stabilität und Kooperation in den westlichen Balkanstaaten der Weg bereitet wurde;

2. ***unter Hinweis auf*** die entscheidende Rolle der NATO im Hinblick auf die Wiederherstellung des Friedens in den westlichen Balkanstaaten und die Weichenstellung für dauerhafte Sicherheit und die Integration der Region in die euroatlantischen Institutionen ***und in Würdigung*** dieser Rolle;

3. ***zur Kenntnis nehmend***, dass das Dayton-Friedensabkommen zur Entwicklung einer robusten Krisenmanagementrolle für die NATO und praktischen Zusammenarbeit mit den Partnerländern geführt hat;

4. ***in Anerkennung und unter Begrüßung*** des unschätzbaren Werts der Beiträge der Partnerländer zu den Missionen und Operationen, die die NATO seit den ersten Entsendungen in die westlichen Balkanstaaten angeführt hat;

5. ***in Anerkennung*** der entscheidenden Rolle, die diese Partnerschaften bei der Förderung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit und darüber hinaus spielen;

6. ***unter Hervorhebung*** der positiven Wechselwirkung zwischen der Partnerschaftspolitik und der Politik der offenen Tür der NATO und ***zur Kenntnis nehmend***, dass sich die Aussichten auf weitere Erweiterungsrunden und der Geist der kooperativen Sicherheit positiv auf die Stabilität in Europa ausgewirkt haben;

7. ***unter Betonung der Tatsache***, dass die Zusammenarbeit der NATO mit den Partnerländern auf gemeinsamen Werten beruht und Zusammenarbeit, Vertrauen und Stabilität fördern sowie die Fähigkeiten der Mitgliedstaaten und Partnerländer verbessern soll, neue sicherheitspolitische Herausforderungen zu meistern;

8. ***in Bekräftigung*** ihrer umfassenden und fortdauernden Unterstützung für die Erweiterung der NATO und die Mitgliedschaftsbestrebungen Bosniens und Herzegowinas, Georgiens, Montenegros und der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien[8], wie in der anlässlich der Sitzung in Budapest im Mai 2015 angenommenen Erklärung zur NATO-Erweiterung dargelegt;

9. ***in Anerkennung*** der erneuerten euroatlantischen Bestrebungen der Ukraine und unter Begrüßung der Bemühungen Kiews um die Umsetzung umfassender Reformen ungeachtet der fortwährenden Aggression von Seiten der Russischen Föderation;

10. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

---

7 Vom Politischen Ausschuss vorgelegte und vom Plenum am Montag, 12. Oktober 2015, in Stavanger (Norwegen) verabschiedete Entschließung.

8 Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien mit ihrer verfassungsmäßigen Bezeichnung an.

a. die auf dem Gipfel von Wales vereinbarte Unterstützung für die Länder, die der NATO beitreten wollen, weiterhin zu gewähren, was auch die Unterstützung der Umsetzung des umfassenden NATO-Georgien-Pakets beinhaltet;

b. Montenegro einzuladen, dem Bündnis beizutreten;

c. das beim Gipfel von Wales abgegebene Bekenntnis zur Politik der offenen Tür beim nächsten NATO-Gipfel im Juli 2016 in Warschau noch einmal zu bekräftigen und die Einleitung der nächsten Schritte in Richtung einer Vollmitgliedschaft weiterer Bewerberländer - Bosniens und Herzegowinas, Georgiens und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien - auf der Grundlage der Fortschritte im Hinblick auf die Erfüllung der Bedingungen von Artikel 10 des Washingtoner Vertrags zu prüfen;

d. die diplomatische, politische, finanzielle, wirtschaftliche, materielle und fachliche Unterstützung für die Ukraine im Hinblick auf die Erfüllung ihrer euroatlantischen Bestrebungen auszubauen;

e. die Anpassung und Transformation der beim Gipfel von Wales initiierten NATO-Partnerschaften voranzubringen und dabei den Schwerpunkt auf Werte, gemeinsame Reaktionen auf gemeinsame Herausforderungen, den Kapazitätenaufbau und die Weiterentwicklung der Interoperabilität zu legen;

11. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Länder, die die NATO-Mitgliedschaft anstreben, **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. Reformen voranzubringen und die verbleibenden Aufgaben auf ihrem Weg zur Mitgliedschaft zu erfüllen;

12. **FORDERT** die georgische Regierung **NACHDRÜCKLICH AUF**, die Empfehlungen der Entschließung 2077 (2015) der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Erklärung 2015 AS (15) D E von Helsinki der Parlamentarischen Versammlung der OSZE vollständig umzusetzen;

13. **FORDERT** die Regierung und das Parlament der Ukraine **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. die politischen und sozioökonomischen Reformen voranzutreiben, die dringend erforderlich sind, um den Bedürfnissen und Erwartungen der Bürger im Hinblick auf physische und wirtschaftliche Sicherheit, eine effektive und transparente Staatsführung und die Achtung der Rechte aller Ukrainer gerecht zu werden;

b. die von der NATO und der Parlamentarischen Versammlung der NATO angebotene Unterstützung in vollem Umfang zu nutzen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

E n t s c h l i e ß u n g 427

betreffend

KLIMAWANDEL UND INTERNATIONALE SICHERHEIT[9]

Die Versammlung,

1. ***in der Überzeugung***, dass vom Menschen verursachte CO2-Emissionen die Hauptursache der Erderwärmung sind, die seit Mitte des 20. Jahrhunderts zu beobachten ist;

2. ***in der Erkenntnis***, dass ohne eine konzertierte globale Reaktion der Klimawandel schwerwiegende, tiefgreifende und irreversible Folgen für Menschen und Ökosysteme haben wird;

3. ***unter Hervorhebung*** des dringenden Handlungsbedarfs und Bedarfs an Maßnahmen und Regeln zur Abschwächung des Klimawandels, Anpassung an den Klimawandel sowie Finanzierung, Technologieentwicklung und -transfer, Kapazitätenaufbau und Transparenz im Zusammenhang mit dem Klimawandel;

4. ***unter Befürwortung*** des Ziels, mithilfe einer drastischen Reduzierung der CO2-Emissionen den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur unter 1,5° bzw. 2° C über dem vorindustriellen Niveau zu halten;

5. ***unter Hervorhebung*** des Grundsatzes der "gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten" und der Notwendigkeit, diesen Grundsatz in konkrete Maßnahmen umzusetzen und dabei einen fairen Ausgleich zwischen Emissionsreduzierungen und wirtschaftlicher Entwicklung herzustellen;

6. ***vollauf überzeugt***, dass sich die mit dem Klimawandel zusammenhängenden Gefahren in Form von einer höheren Zahl an Naturkatastrophen, Druck auf die wirtschaftliche Sicherheit und Nahrungsmittel- und Wasserversorgung, Risiken für die öffentliche Gesundheit, Binnenmigration und Migration ins Ausland und Ressourcenwettbewerb auf die internationale Sicherheit auswirken werden;

7. ***in Anerkennung*** der Tatsache, dass die mit dem Klimawandel zusammenhängenden Gefahren einen signifikanten Bedrohungsmultiplikator darstellen, der das Sicherheitsumfeld in den Gebieten, die dem Bündnis Anlass zur Sorge geben, bestimmen wird und erheblichen Einfluss auf die Planungen und Operationen der NATO ausüben kann;

8. ***in Anerkennung*** der Notwendigkeit, Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels durch die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der gefährdeten Staaten und Gesellschaften mithilfe von Anpassungsmaßnahmen, Entwicklung und humanitärer Hilfe sowie Friedenskonsolidierungs- und Konfliktverhütungsprogramme zu flankieren;

9. ***unter Begrüßung*** des NATO-Rahmenprogramms "Grüne Verteidigung" (*Green Defence*) und der "Maßnahmen zur Förderung intelligenter Energien" (*Smart Energy Efforts*);

10. **FORDERT** die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. eine ambitionierte, rechtsverbindliche, regelbasierte, universelle, flexible, ausgewogene, nachhaltige und dynamische Vereinbarung bei der Konferenz der Vereinten Nationen über Klimaänderungen im Dezember 2015 in Paris (COP21) auszuhandeln;

b. sich nachdrücklich dafür einzusetzen, ihre Klimaziele einzuhalten und diese im Rahmen der Mechanismen, die die Einhaltung der oben erwähnten Obergrenze ermöglichen, regelmäßig zu überprüfen und zu verstärken;

[9] Vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, 12. Oktober 2015, in Stavanger (Norwegen) verabschiedete Entschließung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

c. die nationalen klimapolitischen Maßnahmen so zu gestalten, dass die Entwicklungsagenda nach 2015 unter besonderem Bezug auf die Bekämpfung der Armut und das nachhaltige Wachstum der Erde berücksichtigt wird;

d. im Rahmen ihrer Außen- und Sicherheitspolitik die mit dem Klimawandel zusammenhängenden Gefahren in vollem Umfang als signifikante Bedrohungsmultiplikatoren anzuerkennen;

e. in der Folge die Häufigkeit der militärischen und politischen Konsultationen über den Klimawandel innerhalb der NATO zu erhöhen, auch im Rahmen der NATO-Gipfel;

f. zu prüfen, inwieweit die mit dem Klimawandel zusammenhängenden Gefahren in den kooperativen Sicherheitsmaßnahmen der NATO berücksichtigt werden können; dies gilt insbesondere für NATO-Partner, die dem Klimawandel in besonderem Maße ausgesetzt und durch den Klimawandel besonders gefährdet sind;

g. das NATO-Rahmenprogramm "Grüne Verteidigung" und "Intelligente Energien" in vollem Umfang zu unterstützen und zu verbessern.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.